

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat eingetr. bei der Post-Regierungs-Verwaltung für 1894 unter Nr. 6028

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltrige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 18. April 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Der Wahlreform-Entwurf der englischen Regierung.

Gestern hat Herr John Morley Namens der Regierung die Wahlreform-Entwurf in zweiter, aber eher verschlechterter als verbesserter Auflage eingebracht. Die in der vorigen Session eingebrachte Vorlage enthielt Bestimmungen über die Herstellung und Führung der Wählerlisten durch verantwortliche Beamte und Zedung der amtlichen Wahlkosten aus öffentlichen Mitteln. Beides fehlt in der neuen Bill. Nach ihr bleibt die Sorge für ordentliche Herstellung der Wählerlisten, soweit die Vermieter (Lodgers) in Betracht kommen, diesen, resp. den politischen Parteien, so daß, da jede Partei nur die voraussichtlich ihr günstigen Wähler und diese in möglichst großer Zahl zur Eintragung anmeldet, die kostspieligen und widerlichen Streitereien vor den Registrationsgerichten ebenfalls erhalten bleiben, und um die rebellischen Steuerzahler zu schonen, sowie wahrscheinlich in Hinblick auf die steigende Zahl von sozialistischen Kandidaturen, hat man davon Abstand genommen, an der Vorschrift der Zedung der Wahlkosten durch die Kandidaten etwas zu ändern. Erhalten bleibt auch das System der Entscheidung durch relatives Mehr, wenngleich Herr Morley zugab, daß die Verhältnisse auf die Einführung des Prinzips des absoluten Mehr, resp. der Stichwahlen hinführen. Da erst neulich wieder ein Kollege Morley's sich gegen die Nothwendigkeit der Stichwahlen ausgesprochen, so darf man wohl annehmen, daß der Kussall der Wahl in Midlanart seinen Eindruck bei den Führern der liberalen Partei nicht verfehlt hat.

Auf der Kreditseite der Bill stehen: die Abkürzung der Kassenhaltungsqualifikation auf drei Monate und die Vorschrift, daß die Wählerlisten zweimal im Jahre angefertigt werden müssen, so daß also Neuzugewogene spätestens in neun Monaten auf Wahlregister kommen, während sie jetzt unter Umständen zwei Jahre und fünf Monate zu warten haben; die Beseitigung der Möglichkeit, Steuerrückstände zum Vorwand für Entziehung des Wahlrechts zu nehmen, die Bestimmung, daß alle Wahlen bei einer Neuwahl an einem und demselben Tage stattfinden sollen und dieser Tag ein Sonnabend sein soll, und schließlich die Vorschrift, daß niemand in mehr als einem Wahlkreis wählen darf (heute haben, da das Wahlrecht an die Qualifikation als Hausherr oder Mieter geknüpft ist, viele wohlhabende Leute doppeltes und dreifaches Wahlrecht). Halbbreiten, wie diese Bestimmungen sind, bewegen sie sich wenigstens in der rechten Richtung. Sie sind in dieser Hinsicht am besten durch die Einsetzung des Sonnabends zum Wahltag charakterisiert. Der Sonnabend ist für einen großen Theil der Bevölkerung ein halber Feiertag, und diesem sichert die Vorschrift die Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechts. Aber für sehr viele andere Leute, und zwar keineswegs nur Ladenbesitzer nebst Gehilfen, ist der Sonnabend Arbeitstag wie jeder andere Wochentag, für manche sogar ein noch schlimmerer Arbeitstag, und für diese heißt die Bestimmung keine Erleichterung, sondern je nachdem erhebliche Erschwerung, wo nicht Verunmöglichung der Ausübung des Wahlrechts. Weil man nicht wagt, radikal vorzugehen und den Sonntag als Wahltag zu bestimmen, oder den Wahltag für einen gesetzlichen Feiertag zu er-

klären, schlägt man eine Reform vor, die für viele Wähler eine Verschlechterung bedeutet.

So gilt das relative Lob, das man der Bill spenden kann, höchstens gegenüber der in Deutschland vorherrschenden Sucht, das Rad der Entwicklung in bezug auf den Ausbau der Volksrechte zurückzudrehen. In England wird sie in radikalen und Arbeiterkreisen große Enttäuschung hervorrufen. Sie bleibt weit hinter dem zurück, was die pomphaften Erklärungen der Ministerialen erwarten ließen, deckt sich durchaus nicht mit den Versprechungen des in Newcastle aufgestellten Wahlprogramms der Liberalen. Es ist eine viel zu geringe Abschlagszahlung auf das, was die Arbeiter zu verlangen haben und was man ihnen zugehört.

Die Begleitrede Morley's ließ an einigen Stellen deutlich durchschimmern, woran es liegt, daß die Regierung sich nicht zu radikaleren Vorschlägen ausschwingen kann.

Es ist nicht die Opposition der Konservativen — denn die ist der Bill so oder so gewiß. Die gefährlichsten Gegner entscheidenden Vorgehens sitzen im eigenen Lager. Die Partei hat viel zu große Rücksicht auf die Whigs in ihren Reihen zu nehmen, um sich größere Sprünge erlauben zu dürfen. Ich bedauere, daß die Umstände uns verhindern, das Prinzip des Mietherstimmrechts radikal durchzuführen, aber ich fürchte, es geht zu thun,“ sagte Herr Morley an einer Stelle. Und an einer anderen Stelle führte er das Motto eines radikalen aus dem vorigen Jahrhundert an: „Ein Mann eine Stimme und jeder Mann eine Stimme“ und fügte hinzu, in früheren Tagen und auch heute noch fürchte er durchaus nicht vor der zweiten Hälfte des Wortes zurück, indes sei die öffentliche Meinung vielleicht noch nicht reif dafür.“ Wessen öffentliche Meinung? darf man sich hier erlauben, einzuwerfen.

Die Konservativen erklärten sich durch Balfour gegen die Verabreichung der Kassenhaltungsqualifikation — kein Wunder, wenn man bedenkt, mit welchen Ehren Titeln der Onkel des Herrn Balfour, Lord Salisbury, die Bevölkerungsklasse bedacht, die durch diese Änderung das Stimmrecht erhalten würde, wie der edle Lord sie als Leute hinstellte, die ihre Rechte grundsätzlich schuldig bleiben, resp. als Vagabunden und dergleichen. Ferner erklärte Balfour sich gegen die Beseitigung des Doppel- u. Stimmrechts, weil ja das Wahlrecht seit unerbittlichen Zeiten an das Interesse geknüpft sei, das jemand mit einzelnen Lokalitäten verknüpft. Und schließlich verlangte Herr Balfour namens seiner Partei, daß nichts am Wahlrecht geändert werde, bevor nicht die Widersprüche der jetzigen Wahlkreis-Einteilung abgeändert, die Wahlkreise nach dem Prinzip: „jede Stimme den gleichen Werth“ neu eingetheilt würden.

So gerecht diese Forderung klingt, ist sie doch im Munde der Konservativen nur Humbug, nur eine Andrede, um jede in demokratischer Richtung sich bewegende Wahlreform zu hinterreiben. Gewiß ist die jetzige Wahlkreis-Einteilung eine sehr mangelhafte und reformbedürftige. Es gibt Wahlkreise mit über 95 000 Einwohnern, wie z. B. Gundersfeld, die nur einen Abgeordneten wählen, und solche, wie Newry (Irland) mit unter 15 000, oder Pontefract (Yorkshire) mit rund 16 000 Einwohnern, die ebenfalls je einen Abgeordneten wählen, so daß in den letzteren eine Wahlstimme sechs Mal mehr Werth hat als in den ersteren. Aber die Konservativen haben, als sie am Ruder waren, keine Hand gerührt, um

dieser Anomalie ein Ende zu machen. Sie schieben die Sache jetzt nur vor, weil sie wissen, daß den Liberalen in diesem Punkt durch die Rücksicht auf die Irländer die Hände gebunden sind. Bei einer Neueinteilung der Wahlkreise, die sich streng an die Bevölkerungsziffern hält, würde Irland etwa 21 Sitze verlieren, und dem werden sich die Irländer, solange sie nicht Home-rule haben, aus allen Kräften widersetzen, zumal ihnen die Zahl der Sitze durch den Unionakt zugesprochen worden ist. Die Liberalen sind da in einer Zwangslage, können es nicht riskiren, die Irländer gegen sich zu erbittern, und können doch den jetzigen Zustand nicht aufheben. Die Konservativen aber bestehen auf ihrem Schein, und da sie die Lords hinter sich haben, können sie unter der plausiblesten Parole: keine Wahlreform ohne Wahlkreis-Reform, jede Demokratisierung des Stimmrechts hintertreiben.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Arbeiter zu der Angelegenheit stellen. Der liberale Entwurf bietet sowohl Angriffspunkte dar, daß die englischen Sozialdemokraten keine Miße haben, an ihm Kritik zu üben. Es fragt sich nur, ob sie in der Lage sind, eine Massenbewegung zum Protest gegen die Schwäche der Liberalen und die Intriguen der Konservativen zu stande zu bringen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. April.

Aus dem Reichstage. Der erste Punkt der heutigen Tagesordnung brachte der Regierung eine Niederlage, insofern ihr Antrag auf Verlängerung der Frist für die Festsetzung von Ausnahmen von der im § 120 Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung für den Unterricht in Fortbildungsschulen getroffenen Bestimmung abgelehnt wurde. Mit diesem Beschlusse des Reichstages wird die Frage, was vom Oktober ab mit einer großen Anzahl Sonntagsschulen werden soll, eine brennende.

Ohne Debatte wurde in dritter Lesung der Wahlgesetz-Entwurf, wie er von Centrum und Freisinn beantragt ist, angenommen.

Eine kleine Komödie wurde dann mit dem konservativ-liberalen Antrag auf Einführung eines Heimstättengesetzes aufgeführt. Nachdem die Herren leytlin bei Gelegenheit des Graf Ranitz'schen Antrags etwas hart aneinander gerathen waren, soll auf dem Boden der „Heimstätte“ der Frieden wieder geschlossen werden. Zwar glaubt keiner der Antragsteller an die praktische Durchführbarkeit des Entwurfs, aber gerade das macht ihn den Herren so werthvoll. Es soll Speck sein, mit dem man kleine Bauern und ländliche Arbeiter zu fangen hofft, indem man ihnen eine „Heimstätte“ in Aussicht stellt, von der sie nicht vertrieben werden können. Von unserer Seite griffen Vogtherr und Schoenlant heute in die Debatten ein. Ersterer bei den Fortbildungsschulen, letzterer bei dem Heimstätten-gesetz.

Morgen stehen an erster Stelle die Wahlprüfungen auf der Tagesordnung. —

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Ach! Du weißt es nicht,“ seufzte der Dhm, „wie die Welt im Argen lebt; wie sie sich freut über den Fall des Gerechten, und aus seiner Unschuld die bittere Schuld saugt. Die Deutschen absonderlich, trotz ihrer Nachsichtigkeit, ihren unächtigen Tugenden und heidnischen Philosophemen. Wer ist es, der das Leben des Priesters einer solch unchristlichen Untersuchung unterwirft, wie noch nie erhört worden? Der Deutsche. Wer wagt es, Prälaten, Bischöfe, Kardinalen, und Gott sei es gefloht, den Unfehlbaren in Rom selbst in seinem häuslichen Thun zu meistern? Der Deutsche. Wer schreit am ungestümsten nach einer allgemeinen Kirchenverbesserung? Der Deutsche. O der Sünde! die Kirche und ihre Satzungen will er umstürzen und erneuern, gleich als ob sie Menschenwerk wären, und nicht das Vollkommenste: Gottes und seines Sohnes Werk!“

Dagobert, der den Meinungen seines Oheims nicht offene Fehde bieten wollte, so sehr auch seine Ansichten von ihnen abwichen, betrachtete still lächelnd die Schnabelspitzen seiner Stiefel und athmete freier, als endlich der Jubel aufgetragen war, und somit das ersehnte Gesprächsel ein Ende hatte.

Bei Tische, während des Genusses der feinsten Speisen, die eines Erzbischofs Tafel zu Ehren gebracht haben würden, hatte der junge Mann Gelegenheit genug, zu bemerken, daß die Freundschaft seines Oheims zu Fiorilla wirklich eine große war. Die leckersten Bissen legte sie dem Prälaten vor, und dieser schob das Lederste von ihnen auf ihren Teller. Seinen und des Neffen Becher füllte er halb

mit Wein, halb mit Wasser, in Fiorilla's Kelchglas perlte der reine italienische Feuerwein. Während nun Dagobert zum Nachtisch mit vaterländischem Käse abgepeist wurde, fütterte Oheimchen Fiorilla mit dem Schmachthast in Honig geföhnten Jugwurz und mit der süßen Weichsellatwerg. Venezianische Mandeln und Weinbeeren wurden aufgetragen, um von dem Hausherrn benascht und an Fiorilla verschont zu werden. Endlich behenerte die Letztere endlich, zur Genüge versorgt zu sein, und bemitleidete scherzend den Gast, daß ihm nichts von diesen Ledersteinen beschieden gewesen. Dagobert lächelte adselzend; der Oheim sprach aber trocken: „Mein Neffe macht sich sicher nichts aus all den Süßigkeiten, denn er ist noch ein echter Deutscher, und eine Ochsenkeule ist ihm lieber als eine feine Tafel, wär's auch die des Kardinals Babrella, der auf das Essen etwas hält.“

„Alles gleicht sich aus,“ erwiderte Dagobert: „Derbe Kost giebt derbe Menschen.“ „Richtig,“ meinte der Prälat: „und seine Speise zieht den feinen Mann.“

Fiorilla gab einige Worte dazwischen, die nicht unbedeutlich merken ließen, daß ihr eine kräftige Verbheit nicht missfalle, indem sie Bürge eines kräftigen Gemüths sei.

„Es muß mich wundern,“ sprach sie endend: „Hochwürdiger Herr, daß Ihr an dem Neffen tadeln zu wollen scheint, was Ihr an der Nichte gut heißt.“

„An Euch, mein Bäschen?“ fragte Dagobert munter, und warf, dem eifersüchtig lauernden Dhm zum Troste, einen seiner feurigsten Blicke in Fiorilla's Augen.

„Nicht doch,“ antwortete diese erröthend: „Ich spreche von der Nichte Sr. Hochwürden.“ Nonsignore gab der Geschwägigen mit verdrießlicher Miene ein Zeichen zu schweigen. Dagobert, dem auch dieser Wink nicht entging, hatte Mutwillen genug, weiter zu forschen.

„Seid Ihr's also nicht, liebes Bäschen?“ fragte er; — oder — von wech anderer Nichte ist denn hier die Rede, Dhm?“

„Von wem sonst als von Deiner Schwester?“ brach der Letztere unmutig los.

„Von Walkraden!“ rief Dagobert. „Freilich von ihr,“ versetzte Fiorilla. „Was meint Ihr, hochwürdiger Herr? Sie wird viele Freude haben, ihren Bruder zu sehen, der gerade so muthig und entschlossen zu sein scheint, wie sie.“

„Wie ist mir denn?“ fragte Dagobert: „Walkrade wäre hier?“

„Ja doch,“ entgegnete Fiorilla unbefangen: „Ihr wußtet das nicht?“

„Verdrießliche Schwägerin!“ zürnte der Prälat gegen die Freundin: „Malior taoaco in ecclesiam!“

„In ecclesia!“ verbesserte Dagobert lächelnd: „Ein guter Spruch; aber ich verstehe nicht, warum Ihr mir ein Geheimniß aus der Anwesenheit meiner Schwester machen wollt, guter Oheim? Mir ist sie das gleichgiltigste Ding von der Welt, macht mir nicht Liebe, nicht Haß. Wir beide, Walkrade und ich, wir konnten uns von Jugend auf nicht leiden. Ich war ihr zu lustig, sie war mir zu rauh. Ein Glück, daß sie ein Mädchen und nicht ein Bube geworden. Es hätte alle Tage blutige Köpfe geseht. Seither sind wir aneinander gekommen, und haben uns natürlich nicht leiden gelernt. Sie wird mich nicht suchen, wie ich nicht sie. Ihr würdet uns fremd bleiben, wohten wir auch unter einem Dache.“

„Das muß ich ja eben!“ fiel der Prälat ein: „Ich hatte mir's auch so schon gedacht, wie ich Euch Trostköpfe mit guter Art zusammenbringen und verschöhnen wollte, ehe Ihr noch von Eurer gegenseitigen Anwesenheit gewußt hättet. Durch die Fiorilla Cicatonilla ist mir das gute Werk vereitelt.“

„Es ist nicht meine Schuld,“ schmolte die Gescholtene, „daß ich vielleicht in der besten Absicht Eurer Vorhaben zu nichte machte. Ich wußte weder von dem Widerwillen der Geschwister, noch von der bezweckten Versöhnung. Ich weite indessen, setzte sie mit einem verstoßenen Seitenblick auf den Jüngling bei, daß Eures Neffen reblich Gemüth auch ohne Ueberraschung und Vermittelung den rechten Weg ein-

Das Arbeitsprogramm des Reichstages. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ müssen in dieser Session des Reichstages unbedingt noch erledigt werden: Die Stempelsteuer-Vorlage, die Gesetzentwürfe über die Verlängerung der Frist für den gewerblichen Fortbildungsunterricht, über den Reichs-Invalidentfonds, über die Waarenbezeichnungen, über Viehsteuern, über Briefmarken, ferner die drei noch rückständigen Wahlprüfungen (Wambhoff, v. Polenz, Graf Mollke), die Interpellation über die Maßregeln zur Hebung der Landwirtschaft. Die Zolltarifnovelle, die doch allerlei Einzeluntersuchungen erfordert wird, kommt voraussichtlich nicht mehr zur Erledigung. Ein genauer Tag für den Schluß der Reichstagsession ist bei diesem immerhin noch ansehnlichen Arbeitspensum heute noch nicht anzugeben.

In der Rechnungskommission wurden die großen Ueberschreitungen der vom Reichstage und Bundesrathe festgestellten Etatsätze energisch gerügt. Selbst ein national-liberaler Redner mußte konstatieren, daß derartige Ueberschreitungen des Etats das ganze Budgetrecht des Reichstages illusorisch machen. Trotzdem beschloß die Kommission, die noch geringeren Etatsüberschreitungen im Betrage von 40 245 875 M. und 86 Pf. zu genehmigen. Folgende Resolution, die sich durch Energie nicht gerade auszeichnet, wurde angenommen:

In Rücksicht auf die großen Etatsüberschreitungen des Rechnungsjahres 1892/93 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in Zukunft mehr als bisher Ueberschreitungen des Voranschlags thunlichst vermieden werden.

Ein schönes Gesetz, aber ein todgeborenes Kind ist die Wahlreform, welche der Reichstag heute in dritter Lesung angenommen hat. Der Entwurf enthält unzweifelhaft sehr gute Bestimmungen, durch welche das Wahlgeheimniß geschützt und vielen der skandalösen Praktiken, die jetzt die Freiheit der Wahl in unzähligen Fällen ausheben und das Wahlergebniß fälschen, erfolgreich ein Ende gemacht würde. Allein gerade darum wird diese Wahlreform nicht rechtskräftiges Gesetz werden. Die Regierung hat sich auch völlig stumm verhalten. Sie weiß sehr wohl, daß es im Interesse der herrschenden Klassen liegt, das allgemeine Wahlrecht sich nicht ganz frei betätigen zu lassen. Mit demselben Rechte, mit dem man die Diätenlosigkeit eine Korrektur des Allgemeinen Wahlrechts genannt hat, könnte man auch die Unvollkommenheit, mit der das Wahlgeheimniß und die Freiheit der Wahl heute geschützt sind, eine Korrektur des allgemeinen Wahlrechts nennen. Und glaubt man etwa, daß die Regierungen und die gegnerischen Parteien nicht die Vorzüge des Proportionalsystems kennen? Eben wegen dieser Vorzüge hat das Proportionalssystem vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung. Und aus demselben Grund wird auch die heute beschlossene Wahlreform ein todter Buchstabe bleiben.

Praktisches Christenthum. Pastor Schall, welcher in Abwesenheit des Kollegen Ahlwardt der Hauptzustimmungsgeber des Reichstages geworden ist, gab heute, bei Beratung des sogenannten Heimstättengesetzes, eine prächtige Kapuziner-Vorstellung. Schiller's Vater hätte es nicht besser gemacht. Pastor Schall plägte bei dieser Gelegenheit mit dem Geständniß heraus, daß der Zweck der christlichen Sozialreform der sei, dem Staat — gute Soldaten zu liefern. Ist die Frömmigkeit des Herrn Pastor Schall vielleicht sonst etwas problematisch — so ist er wenigstens unzweifelhaft militärfromm.

Der Zoll auf Baumwollsaamenöl soll von 4 auf 10 Mark erhöht werden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Hauptexporteure dieses Artikels, bereiten gegen diese Zollserhöhung Repressalien vor. Da die Verminderung der in der Mac Kintley-Bill festgelegten Zölle gerade jetzt die parlamentarischen Körperschaften der Vereinigten Staaten beschäftigt, ist der Zeitpunkt für eine Zollserhöhung auch vom schutzöllischen Standpunkt als der denkbar ungünstigste zu bezeichnen. Der Reichstag hätte die Pflicht, im Interesse unserer Ausfuhr die Vorlage des Bundesrathes abzulehnen.

Den Wollzoll will der Besiegte in so vielen parlamentarischen Schlachten, Herr v. Bloch, jetzt für die nothleidenden Landwirthe bewilligt erhalten. Daß ein Wollzoll bis zum Ablauf der Handelsverträge in Deutschland nicht

eingeführt werden kann, weiß der Führer des Bundes der Landwirthe wohl nicht.

Der badische Einkommensteuer-Gesetzentwurf. Finanzminister Buchenberger legte der badischen Kammer einen Gesetzentwurf vor, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes im Sinne einer progressiven Besteuerung und zwar soll die bisherige Degression bis zum Einkommen von 20 000 M. bleiben und die progressive Steigerung eintreten bis zu 200 000 M. Einkommen in der Höhe von 4 pCt. Weiter sollen die Strafbestimmungen bei der Kapitalrentensteuer verschärft werden.

Ein Gespenst. Der „Kreuz-Zeitung“ ist es nicht geheuer. Das Schicksal des Antrages Kanitz und ihrer Ritter von der traurigen Gestalt hat ihr böse Ahnungen und trübe Gedanken erweckt, die, wie das bei Schwachen und abergläubischen Geistern der Fall zu sein pflegt, in das Gebiet der vierten Dimension abzuweichen. So kommt denn der arme Herr von und zu Hammerstein, der seine „Hühnerfrau“ noch nicht vergessen hat, zur richtigen Gespensteseherei. Unter dem französischen Titel: Il revenant, d. h. er wird zurückkommen auf die Erde und als Gespenst umgehen! kündigt er mit Grabesstimme an, daß der Antrag Kanitz als revenant — das heißt als umgehendes Gespenst spuken wird.

In den Schöpfen der Raubritter-Großentel mag das ja allerdings geschehen — nachdem ein tüchtiges Quantum Sektflaschen auf das Wohl der nothleidenden Landwirtschaft geleert worden ist. Sonst wird das Gespenst wohl nirgends zu sehen sein. Wie aber Herr von und zu Hammerstein dazu kommt, durch einen solchen unglücklich albernem Artikel, der keinem Quartaner erlaubt wäre, sich und seine Partei lächerlich zu machen, das ist ein psychologisches Räthsel, dessen Lösung wir seinen bedauerwürdigen Lesern überlassen wollen.

Zur Sonntagsruhe in der Industrie. Die für die Gruppe 10 der Berufsstatistik „Papier und Leder“ des § 105d der Gewerbe-Ordnung in Aussicht genommenen Ausnahmegesetzungen betreffend der Sonntagsruhe gliedern sich, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ vernehmen, in drei Theile. Was die Cellulosefabriken betrifft, so soll der ununterbrochene Betrieb der Celluloselöcher sowie der Laugebereitung an den Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des Weihnacht-, Oster- und Pfingstfestes gestattet sein. Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat jedoch mindestens zu dauern: entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden oder, sofern die Dauer der Arbeitsschichten an den übrigen Sonntagen 12 Stunden nicht überschreitet, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden. Die Dauer der Arbeitsschichten darf 18 Stunden nicht überschreiten, Abfüllungsmaschinen dürfen je 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden. Die ihnen zu gewährenden Ruhe muß mindestens das Maß der den abgelassenen Arbeitern gewährten Ruhe erreichen. In der Papier- und Pappfabrikation soll der Betrieb des Mahlganges (Solländer, Kollergänge) innerhalb 12 Stunden vor der Wiederaufnahme des werththätigen Betriebes der Papiermaschinen mit Ausnahme des Weihnacht-, Oster- und Pfingstfestes sowie das Trocknen der Pappedel im Freien und die Heizung von Trockenräumen gestattet werden. Bei der ersten Ausnahme hat die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe mindestens für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage 36 Stunden, für die übrigen Sonntage entweder 24 Stunden oder für jeden zweiten Sonntag 36 Stunden zu dauern; für die zweite Ausnahme treten die in § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung vorgesehenen Ruhezeiten ein. Den Lederfabriken endlich wird das Trocknen des Leders im Sonnenlichte unter dem in § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen Bedingungen gestattet. Die in Aussicht genommenen Ausnahmen für die Papierindustrie werden in einer demnächst einzuberufenden Konferenz zwischen den Behörden und den Vertretern des Industriezweiges einer mündlichen Erörterung unterworfen werden, während für die Lederindustrie eine solche Besprechung bisher noch nicht vorgesehen ist. Die Verhandlungen bezüglich dieses Industriezweiges sind mit dem Zentralverein der deutschen Lederindustrie auf schriftlichem Wege eingeleitet.

Und wo bleiben die Arbeiter??

Das Reichsgericht hat nicht, wie wir in Uebersicht mit anderen Blättern meldeben, Gelegenheit gehabt, über die preßgesetzliche Mitverantwortlichkeit des Verlegers zu urtheilen, da der im Auslande weilende Verleger des „Sozialist“, Wilhelm Werner, im Auslande weilt und sich dem Revisionsverfahren nicht angeschlossen hat.

„Eine Stiefmutter hat Euch Beide aus Eurem Stammhause vertrieben; ich halte es für Pflicht, Vaterstelle bei Euch zu vertreten, die der schwache Vater verließ. Zudem ich Wallraden vor sechs Jahren mein durch Erbschaft mir zugefallenes Gut in Thüringen überließ, gab ich ihr schon ein sorgenfreies Geschick, und behielt mir dafür nichts vor, als die Befugniß, ihr einen Gatten zu wählen, und diesen Gatten denke ich ihr hier zu setzen.“

„Das muß eine herrliche Ehe werden.“ lachte Dagobert: „Eieher Ohm, wählt nur ein recht frommes Schaf, das von Geburt an gewöhnt ist, mit Gebiß und Trense zu laufen, und allein keinen Schritt zu thun. Wie heißt der Glückliche, den Ihr der Saustmüthigen zugehacht?“

„Dem Spötter nenne ich ihn jetzt nicht.“ entgegnete der Prälat verlegt und hob durch sein Aufstehen die Tafel auf.

„Ist auch gleichviel!“ versetzte Dagobert in lustigem, spöttischem Tone: „Bedauerndwerth ist er, er heiße nun Adam wie der erste Mensch, oder Sylvester wie der letzte Tag im Jahre. Wohl bekomme ihm die Veränderung und der Hiebstaub.“

„Unertürlich!“ murmelte der Prälat zwischen den Zähnen. Gemäßigter aber fuhr er fort: „Ich habe noch einen Besuch zu machen, bei welchem ich Deiner Gegenwart entbehren muß, denn er gilt gerade Deiner Schwester. Es wird mich freuen, Dich bald wieder zu sehen, und in schicklicherer Tracht.“

„Verlaßt Euch darauf!“ erwiderte der muntere Jüngling, nach dem Federhute greifend. „Im schwarzen Rock, mit Gürtel, Kragen und Kappe schaut Ihr mich nächstens wieder. Ich bin Euch gern gefällig, wäre gerne immer um Euch.“

„Ich glaub's!“ spöttelte der Oheim mit einem Seitenblick auf Fiorilla. „Du wirst aber ermessen, daß ich Dir keine Herberge unter meinem Dache anweisen kann, weil mir's die Sorge für dieser lieben Beichttochter Ehre unterfällt.“

„Freilich.“ bestätigte Dagobert mit verstelltem Ernst: „Ihr müßtet nicht halb so gewissenhaft sein, werther Ohm, als Ihr wirklich seid, um solches zuzugeben. Ich weiß mich auch zu bescheiden. Ich verplauderte gern noch den ganzen

Aus dem Reptilsumpf. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Leipzig (Ehrensdorffstr. 11, 3 Tr.), den 15. April 1894.

Die Redaktion des „Vorwärts“ in Berlin ersuche ich unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um Abnahme der nachfolgenden Zurechtstellungen in die nächste Nummer des Blattes:

1. Es ist un wahr, wenn im „Vorwärts“ von mir in Anlaß meiner Beleidigungsprozesse gegen Schöpfel und Dr. Wesendonck behauptet wird, ich habe „in der That neben und mit Herrn Theodor Reuß gearbeitet“ und an der gleichen Krippe mein Futter empfangen. Den Herrn Theodor Reuß kenne ich überhaupt nicht, noch habe ich ihn jemals gekannt; ich weiß auch nicht, aus welchen „Krippen“ er sein Futter empfangen haben soll; jedenfalls habe ich niemals aus irgend einer „Krippe“ Futter empfangen.

2. Es ist unrichtig, daß ich „das Geständniß gemacht“ haben soll, in Beziehungen zu dem preussischen Preßbureau und dem Auswärtigen Amte gestanden zu haben. Ich habe lediglich die vom Dr. Wesendonck gegen mich ausgestreute Verdächtigung, daß ich ein offizieller Goldschreiber sei, zurückgewiesen und dahin zurechtgestellt, daß ich im letzten Jahrzehnt hin und wieder auf mein Ansuchen im Auswärtigen Amte empfangen und auf Anfragen zur allgemeinen politischen Lage bereitwillig Auskunft erhalten habe.

3. Es ist un wahr, daß ich in der Prozessverhandlung ausgesagt habe, ich sei aus Russland geflüchtet, weil mir ein politischer Prozeß gemacht werden sollte, hinter mir sei später ein Steckbrief erlassen worden. Ich habe nur mitgeteilt, daß ich infolge eines Winkes, der mir von befreundeter Seite aus St. Petersburg zugeing, meine aus anderen Gründen beschlossene Uebersiedelung nach Deutschland beschleunigt habe, und ich habe dann einen sechs Jahre später gegen mich in halbmündlichen russischen Blättern veröffentlichten Artikel „einen sogenannten offiziellen Steckbrief“ genannt.

Die zahlreichen weiteren Unrichtigkeiten in dem Prozeßbericht des „Vorwärts“ übergehe ich und zeichne mich hochachtungsvoll Erwin Bauer.

Vorstehende Berichtigung, zu deren Aufnahme uns beiläufig der viel mißbrauchte § 11 des Preßgesetzes nicht verpflichtet, beschäftigt sich zum Theil mit Dingen, die wir — weil der ganze Skandal für uns zu unbedeutend war — gar nicht erwähnt hatten.

Wir lassen nun nachstehend ein Schreiben folgen, das uns von ausgezeichnet unterrichteter Seite zugeht:

Gehrte Redaktion! Zur Antwort auf Ihre Frage, ob Herr Erwin Bauer ein Kollege des Herrn Theodor Reuß gewesen, diene diese verbürgte Aufklärung: Erwin Bauer hat in den achtziger Jahren als Hauptkorrespondent des „Hamburger Korrespondent“ hier zu den Hauptreptilien Bismarck's gehört. Er selbst rühmt sich noch heute, das Schlemmen bei Uhl, Dresselew, erst bei seinem engeren Protektor Herbert Bismarck gelernt zu haben. Er betrachtet das als eine Art hauto école (hohe Schule). Uebrigens ist er noch bis etwa vor einem Jahre ultrabismarckisch gewesen. Denn er wurde im Januar 1893 wegen schwerer Verunglimpfung Caprivi's und Miquel's in dem „20. Jahrhundert“ zu sechs Wochen Festung verdonnert, die er in Glatz abbüßte. Der betreffende Artikel strotzte von Bismarckverhimmelungen schwersten Kalibers. Seine Um- und Einkriege ist also jüngsten Datums. Die Thatsache, daß man im Auswärtigen Amte einen Mann empfängt und inspirirt, der kurz vorher noch den Reichskanzler beschimpft hatte, läßt tief blicken. Uebrigens ist es Thatsache, daß Caprivi und Sch Mayer ihn damals zuerst empfangen haben. Er hatte sich unter dem Vorwande eingeführt, ihnen einen großen Dienst leisten zu können. Welcher Art der gewesen, soll nicht weiter erörtert werden. Aber es ist eine bewusste Unwahrheit, wenn dieser Saurier (Reptilart) behauptet, er habe für seine Preßleistungen vom Auswärtigen Amte kein Geld bekommen. Es ist vielmehr bekannt, daß sein Blatt sich mit der ihm bewilligten Subvention noch hat einige Monate über Wasser halten können. Wie viel es gewesen ist, kann auf Wunsch gesagt werden. Allerdings war damals wegen der Militärvorlage das Geld etwas knapp im A. A. (auswärtigen Amte); allein er erhielt doch eine erhebliche Summe als Entgelt für die von ihm angebrachten „großen Dienste“. Er war übrigens nicht der einzige Antisemit, der damals im A. A. „aus der Hand“ gefüttert ward.

Herr Erwin Bauer möge sich trösten. Auch Theodor Reuß hat Anfangs gezeugnet.

Eine „Wallfahrt“ nach Friedrichsruh gedenkt, nationalliberalen Blättern zufolge, eine Anzahl von Mitgliedern des Reichstages und des Abgeordnetenhauses nach Schluß der Reichstagsession zu machen, um dem Fürsten Bismarck einen gemeinsamen Besuch abzustatten.

Tag mit meinem wunderlieblichen Bäschen, dem Blümlein Taufendtschön, . . . weil Ihr denn doch zu Wallraden geht . . . aber die Sitte leidet's nicht, . . . in Deutschland mindestens nicht, aber . . . hier schweig er heimlich lächelnd stille.

„Aber?“ fragte Fiorilla mutwillig. „Aber?“ wiederholte der Prälat neugierig und gebohrt.

„Aber wollt ich sagen.“ fuhr Dagobert fort — das wird sich schon geben, wenn ich einmal die Kirchenfarbe trage. Darum will ich eilen und den Schneider auf den Tod plagen, bis er meine Heiligkeit gefertigt hat; den Freibrief, der in Eurem Hause mir das Doffnungsrecht verleiht. Gott befohlen, hochwürdiger Oheim, träumt von mir, liebe Base!“

Lachend und plaudernd eilte Dagobert, von dem ungewohnten wälschen Weine aufgeregt, von dannen, und dachte unter der Thüre des Borgemachs das Herz seiner Begleiterin durch einen glühenden Händedruck zu versetzen, aber indem rief des Prälaten beschleudende Stimme: „Fiorilla!“ und mit einem leise gestüßerten Lebewohl: „Adio carino!“ flog sie in das Speisegemach zurück.

„Welch einen Burschen hat mir der Bruder da gesendet!“ sprach der Prälat mit gefalteten Händen; „der schwacht wie ein Franzose, zudringlich led und vorlaut, und säuft und ist grob wie ein echter Deutscher.“

Fiorilla verlor kein Wortlein, sie schmunzelte aber für sich; versäumte nicht unter dem Aufräumen, am Spiegel sich vorüberzudrehen, und straste in Gedanken ihren hochwürdigen Freund Lügen.

„Und der Fastmachtsnarr will Priester werden.“ fuhr der Prälat fort.

„Er will nicht, aber er soll und muß.“ schaltete Fiorilla ein.

„Ganz recht, er soll!“ versetzte Monsignore: „Aber Gott behüte uns in Gnaden. Das wird ein Kirchenlicht abgeben, von dem eini der Heiland sagen wird: „Besser wär's, es wäre niemals angezündet worden.“

„Gleich tausend andern!“ kicherte Fiorilla vor sich hin, und fütterte den Sittich mit Honigbrot.

(Fortsetzung folgt.)

schlagen und die Bande fester knüpfen werde, die Vorurtheil und Zufall anloderten.

„Ihr thut mir viel Ehre an.“ erwiderte Dagobert höflich: „ich muß sie aber ablehnen. Wallrades hochfahrender Sinn hat sich stets so trotzig erwiesen in jedem Verhältniß des Lebens, daß ich, selbst bei dem redlichsten Willen, die Hoffnung aufgeben mußte, ihn für meine redlichste Gutherzigkeit zu gewinnen. Auf der anderen Seite bin ich auch nicht der Mann, der Weiberlaunen unterthan ist, wären es auch die einer Schwester, die einer geliebten Gattin.“

„Du verstiegest Dich.“ unterbrach ihn der Prälat; „nicht den e n l e n sollst Du an eine Gattin, die Du nimmer besitzen wirst.“

„Nun denn.“ rief Dagobert lachend: „Ist mir die Liebe verboten, so ist mir doch die Freundschaft erlaubt. Nicht wahr, mein Bäschen?“

Fiorilla nickte heimlich lächelnd, und Dagobert ergriff seinen erfüllten Becher. „Auf gute Freundschaft denn!“ sprach er schmeichelnd, und klang mit Fiorilla's Kelchglas an. „Macht kein finstres Gesicht, Oheim! Wir ungehobelten Deutschen müssen einmal den Becher zur Hand nehmen, ob wir Frieden machen, Krieg beschließen, der Minne oder der Freundschaft Bund heiligen. Wir wollen gute, gute Freunde sein, Bäschen Fiorilla, oder Blümchen! Aber selbst E u r e Launen trag ich nicht.“

Fiorilla setzte das Glas mit lieblicher Geberde an den Mund, und während ihre Lippen nippten, ruhte ihr Auge seelenvoll auf des Jünglings blühendem Gesicht. Der Prälat rückte unruhig auf dem Stuhle, und drohte der Italienerin verstohlen mit dem Finger. Die Leichtfertige lachte, Dagobert stellte sich aber, als habe er es nicht bemerkt, und fuhr in lustiger Laune fort: „Ihr seid mir noch die Erklärung schuldig, bester Ohm, wie es kommt, daß ich Wallraden hier zu Gesinnig finde? Was führt sie her? In welcher Absicht ist sie hier?“

„O seht.“ rief Fiorilla: „seht, wie diese Reugterde schon verborgene Theilnahme verräth.“

„Sie kam auf meine Odung, mich zu besuchen.“ antwortete der Prälat dem Neffen kurz und gleichgiltig.

Die Herren haben wohl die Erinnerung verloren, wie bespöttlich sich Bismarck über ihre Partei geäußert hat, oder sie sind bar jedes Ehrgefühls. —

In unnötige Unkosten stürzt sich der „Reichs-Anzeiger“, indem er die Erklärung des Grafen v. Posadowsky in der Steuerkommission des Reichstages veröffentlicht. Es ist im wesentlichen alles bekannt, was der Herr erzählte und kann glücklicherweise am Schicksal der Steuervorlagen für den Moment nichts ändern. —

Die Burschenschaftler vermahnen sich in einer auch uns zugegangenen Zuschrift der Redaktion der „Burschenschaftlichen Blätter“, daß sie sozialistischen Bestrebungen hindern. Wir haben die deutschen Studentenverbindungen stets so niedrig bewerteter, als daß wir dies je für möglich gehalten hätten. —

In Oesterreich wäre es fast zu einem Rücktritte des Justizministers gekommen, dessen Erklärung über eine noch schärfere Handhabung des Pressgesetzes gegen oppositionelle Zeitungen vom ganzen Parlamente verurtheilt wurde. Die linken Liberalen sind aber über ihren Erfolg, den ersten seit langen Jahren in einer liberalen Sache, so erschüttert, daß sie die Sache beilegen und den reaktionären Minister mit seiner russischen Presspolizei dem guten Lande Oesterreich weiter erhalten wollen. —

Die österreichische Wahlreform ist verlagert, bis die Koalitionsparteien sich über eine gemeinsame Vorlage einigen werden. Ob dies in diesem oder im nächsten Jahre oder später geschehen wird, ist nicht gesagt worden. Die Arbeiter werden die Herrschaften an ihre Pflicht zu erinnern wissen. —

Das Bibische-Gesetz wurde vom ungarischen Abgeordnetenhanse in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet morgen statt. —

Der erste Mai kommt — und damit der übliche Sternschnuppenfall von Scorpionbüchsen, Kochtöpfen und anderem „Attentats“-Hausrath. Nur in Frankreich, wo der Sternschnuppenfall vor zwei Jahren und im vorigen Jahre ein besonders reichhaltiger war, hat die Polizei diesmal sich eine große Sparmaßnahme auferlegt. Sie hat in dem schönen Spiel doch ein Haar gefunden, desto freigelegter sind die Kollegen in Italien, wo Herr Crispi auf dem letzten Doche der Monarchie pfeift und den Staatsstreich einzuführen bemüht ist. Dort plagt jeden Tag ein halb Duzend Bomben und ein paar Duzend plagen nicht, weil sie von der wachsam, luchsäugigen Polizei vorher entdeckt werden.

Sogar dem Crispi-begeisterten Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ in Rom ist das zu viel; er schreibt: Rom, 14. April. Die neuesten Bombenentdeckungen der römischen Polizei, die jahrelang in Bombenangelegenheiten nicht den geringsten Erfolg aufzuweisen gehabt hat, bezeugen einigem Unglauben und zwar nicht nur, weil der 1. Mai herannahet, der den Wunsch nach zeitiger Unschädlichmachung der bekannten Sidonstriede durch die Polizei nahe legen muß, sondern auch weil die Polizeiagenten sich nicht ganz unverständlich benommen haben. Vor einigen Tagen erschien ein Agent im Schanklokal eines gewissen Bramucci nahe der Piazza Dante, ließ sich in den Garten des Lokals führen und holte aus dem Schrank neben einer Ecke, die den Garten von der Straße trennt, einen in Papier gewickelten vieredigen Gegenstand hervor, den er dem Schankwirth als eine Bombe bezeichnete. Diese sollte nach der Angabe des Polizisten durch einen Anarchisten, Namens Tagliacerti, über die Ecke in den Garten geworfen worden sein. Als Tagliacerti darauf in seiner Wohnung verhaftet wurde, befruchtete er die Angaben des Polizei-Agenten zunächst auf das Bestimmteste. Später soll es freilich zugestanden haben, der Bombenleger gewesen zu sein, indessen will man hier an dies Geständnis nicht recht glauben. Natürlich wurden aber noch mehrere Verhaftungen vorgenommen, und dies hat, wie die Polizei behauptet, zur Auffindung einer zweiten fast fünf Kilogramm schweren Bombe geführt, die ein Begleiter Tagliacerti's, der Fleischergeselle Krispi, im Botanischen Garten auf dem Carlus versteckt haben soll. Es steht nicht fest, ob diese zweite Bombe mit Dynamit und Pulver oder mit Chloraurer Pottasche gefüllt gewesen ist. In dessen Uingen die Angaben über die Art der Auffindung durch zwei Geheimpolizisten, die bei ihrer Unternehmung beobachtet worden sind, nicht gerade allzu wahrscheinlich. Sollte es wahr sein, daß Krispi zugefallen habe, alle in letzter Zeit vorgekommenen Bombenanschläge begangen zu haben, so würde man freilich der hiesigen Sicherheitsbehörde viele Vorwürfe und Zweifel abbiten müssen.

Auch in London, Spanien u. giebt's Maibomben, wir hätten fast gesagt: Maibombons.

In Paris ist ein ganzes anarchistisches Magazin entdeckt worden, das jedoch aus der guten alten Vaillant-Henry'schen Zeit stammt. Die Polizei giebt eine genaue Beschreibung der Sprengvorrichtungen und kann mit Genugthuung feststellen, daß die Rezepte des Polizeipräsidenten Andrieux bis ins Einzelne besolgt worden sind.

Wie er sich über seine gelehrigen Schüler doch freuen muß! —

Das französische Budget. Der gestern an die Parlamentsmitglieder vertheilte Budgetentwurf pro 1895 veranschlagt die Einnahmen auf 8 424 407 000 Franks, die Ausgaben auf 8 423 893 000 Franks, so daß sich ein Ueberschuß von etwa einer halben Million ergibt. Das ursprünglich vorgesehene Defizit von 140 Millionen ist durch das Ergebnis der letzten Konversion, durch die Erhöhung der Einnahmen aus den indirekten und den direkten Steuern, darunter aus der neuen Dienstbotensteuer etwa 15 Millionen, und durch die Reduktion der Bahn-Zinsgarantie von 185 auf 79 Millionen beseitigt. Die Ausgaben für das Heer und die Marine betragen 926 Millionen Franks. —

Vorbereitung eines Altersversorgungs-Gesetzes in Frankreich. In dem französischen Finanzplane für 1895 figurirt zum ersten Male ein Betrag von 1 500 000 Franks, welchen der Staat an die Arbeitervereine zur gegenseitigen Unterstützung beisteuern will, die der Privat-Initiative entspringen. Der Beitrag würde von Jahr zu Jahr steigen. —

Das proportionale Wahlrecht in Belgien. Die katholische Vereinigung hat gestern unter dem Vorsth. Deernaert's, des früheren Ministerpräsidenten, eine Tagesordnung angenommen, welche energisch Propaganda zu gunsten der proportionalen Vertretung anstrebt. —

Die italienische Kammer beschäftigt sich seit gestern mit den beiden brennenden Fragen: des Budgets und der Diktatur. In bezug auf letzteren Punkt sucht Crispi den Widerstand dadurch zu beseitigen, daß er die verlangten Vollmachten als etwas ganz Nichtsagendes hinstellt, eigentlich als bloße Formsache. Die Regierung denke

gar nicht daran, irgend etwas Ungeheures oder Gewaltthätiges zu thun. Schroffer in der Form ist er gegenüber der Budgetfrage, und hier fiel er auch aus der diplomatischen Rolle: „Das Budget gehe allem voran“ — sagte er. Und Budget heißt bei ihm Militärbudget. „Die vorgeschlagene Ersparniß von 20 Millionen sei eine Verzerrung.“ Und schließlich plagt er heraus: „Man solle die Regierung nicht zwingen, zu anderen Mitteln zu greifen.“ Damit hatte Herr Crispi die Maske abfallen lassen. Seine unkluge Drohung erregte „Sensation“ und — warten wir ab, was weiter geschieht. Der Knoten schürzt sich mehr und mehr. Das Schwert ist schon halb aus der Scheide, das ihn zerhauen soll. —

Steuererhöhung in England. Unter den im Budget enthaltenen Vorschlägen befindet sich eine Erhöhung der Biersteuer um 6 Pence per Faß und eine Erhöhung der Spirituosen um 6 Pence per Gallone. —

Norwegen. An der Forderung eines eigenen, von Schweden vollständig unabhängigen Konsulatskorps hält die Majorität des norwegischen Parlaments fest. Gestern nahm das Storting (das Parlament) mit 60 gegen 51 Stimmen den Antrag des Abg. Engelhardt an, einen besonderen Stortingenschuß für die Verathung des Konsulatsbudgets niederzuschicken. —

Den achtstündigen Arbeitstag in den norwegischen Marinemeerstütten einzuführen, wurde im Parlamente beantragt. —

Das spanische Anarchistengesetz wurde von der Kammer mit bloß unerheblichen Abänderungen angenommen. —

Eine Erbschaftsteuer soll künftighin von den in Rußland verstorbenen Ausländern erhoben werden. —

Frauenstimmrecht und weibliche Abgeordnete bei den Antipoden. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Wellington — in Neuseeland — unterm 18. d.:

Eine Abordnung von Frauen fand sich heute bei dem Premierminister Siddon ein und besprach, daß Frauen auch als Parlamentsmitglieder sollten erwählt werden können. Der Premierminister erwiderte, daß dies nur die logische Folge davon wäre, daß den Frauen das Stimmrecht erteilt worden sei. Ihre politische Erziehung wäre natürlich eine Grundbedingung.

Wir werden also demnächst weibliche Parlamentsmitglieder haben. Die christlich-germanischen Hölzer werden zu Berge ziehen. Wir Sozialdemokraten aber finden die Sache sehr natürlich und gar nicht befremdend. Denn auf allen unseren Kongressen haben wir weibliche Abgeordnete und Vorstehende. Und ist ein Kongreß nicht auch so etwas wie ein Parlament? Mitunter sogar etwas mehr? —

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhand.

51. Sitzung vom 17. April 1894, 11 Uhr. Am Ministerische: Voffe und Kommissarier.

Die dritte Verathung des Etats wird fortgesetzt im Etat des Kultusministeriums.

Abg. Freytag-Dalton (3.) spricht in Anknüpfung an einen Fall in Wesel die Befürchtung aus, daß der Minister den Weislichen im ganzen Rheinland die Lokal-Schulinspektion entziehen wolle.

Minister Voffe bestreitet, daß ein solcher Plan in seiner Absicht liege. Zahlreiche Weisliche haben selber wegen Ueberlastung mit geistlichen Amtsgeschäften um Entlastung in Schul-sachen gebeten.

Abg. Friedberg (natl.) weist auf die mißliche Lage der Lehrer hin, welche an Volksschulen angestellt, kommissarisch an Mittelschulen beschäftigt werden. Sie verlieren dadurch ihre Steuerfreiheit, werden aber in bezug auf ihre Pension u. als Volksschullehrer behandelt.

Der Kultusetat wird genehmigt; ebenso der Etat im ganzen und das Etats- und Anleihegesetz, nachdem der Finanzminister Riquel sich vorbehalten hatte, auf die Rückwirkung der noch ausstehenden Beschlüsse des Reichstages über die Steuervorlagen bei dem Generalbericht der Budgetkommission zurückzukommen.

Damit ist die dritte Lesung des Etats beendet. Es folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen der Wegegesetzgebung der Provinz Hannover.

Die Kommissionsberatung wird abgelehnt. Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Kaltegesetz.)

Parteinachrichten.

Eine eigene Druckerei beabsichtigen nun auch die Eiberfeld'schen Genossen anzulegen. Zu diesem Zwecke ist ein Pressfonds gegründet worden, zu dem beizutragen alle Parteigenossen in der Eiberfelder „Presse“ aufgefordert werden. — Wir geben gern zu, daß der Gedanke, auf „eigenen Füßen“ zu stehen etwas für sich haben mag, hat er ja auch den Zweck, alle Ueberschüsse dann der Partei zuzuführen, sie zu verwenden zur Agitation, zur Ausbreitung unserer Ideen u. s. w. Andererseits sollte man aber doch bedenken, daß die Partei als solche mit industriellen Unternehmungen nichts zu thun haben sollte, ja, daß Verhältnisse eintreten können, unter denen es der Partei hinderlich, sogar gefährlich werden könnte, Vermögen an Immobilien zu besitzen. Nur die äußerste Nothwendigkeit sollte die Parteigenossen dazu veranlassen, diesen Schritt zu thun und zwar unter Anwendung größter Vorsicht.

Das zehnte Mal bestrafe wegen Beleidigung wurde am 10. April der Genosse Schulze in Dessau von der dortigen Strafkammer. Er sollte die Polizeibehörde in Riedenburg beleidigt haben. Während der Reichstags-Wahlperiode hatte in Riedenburg von freisinniger Seite eine Versammlung stattgefunden. In der Diskussion sprach Schulze sein Bedauern darüber aus, daß die sozialdemokratische Partei nicht im Stande sei, selbständig eine Versammlung einzuberufen, weil die Behörde die Witze mahregehe. Die Polizeibehörde hatte das auf sich bezogen. Der Gerichtshof bestätigte die vom Schöffengericht ausgesprochene Strafe von 50 M. Zum Schluß konnte der Vorstehende die Bemerkung nicht unterdrücken: „Es ist übrigens das zehnte Mal, daß Sie wegen Beleidigung bestraft sind; gewarnt sind Sie genug, Sie sollten sich nun verneinen können.“ Ja, warum werden denn Sozialdemokraten so vielfach wegen Beleidigung bestraft? Sind sie so unverträglich Natur oder sind es nicht vielmehr die Verhältnisse, die sie immer wieder zur Kritik herausfordern? Außerdem sind es auch unsere Beamten, die in ihrem bureaukratischen Geist sich über alle Kritik erheben dürfen und stets eine große Nervosität bekunden, sowie ihre werthen Personen in Betracht kommen; an diesen darf eben der gewöhnliche Unterthanenverstand nicht rütteln.

Aus Sachsen. Die Verfolgungen der Arbeiter und ihrer Organisationen werden im Lande Bliehmehns eifrig fortbetrieben. Bewundernswürdig ist es, wie man immer neue Mittel findet, den Sozialdemokraten etwas in den Weg zu legen. So wurde in Gellena eine Parteiverammlung verboten, weil aus der Anmeldung nicht zu ersehen sei, ob der Einberufer disponitionsfähig ist. Auch sei kein Referent angegeben. — Eine Formerversammlung in Chemnitz ist auf Grund des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes verboten worden. Referent war Genosse G. Grenz, auf den die Behörde den Inhalt des obigen Paragraphen angewendet wegen einer Äußerung, die er in einer früheren Versammlung gethan. Beschwerde wird selbstverständlich geführt werden. — Wann wird man wohl einsehen, daß auf diese Weise die Sozialdemokratie nicht tot zu machen ist.

Die Dresdener Parteigenossen haben in bezug auf die Maifeier mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen, insofern, als sie noch kein Lokal haben, in dem die Festlichkeit stattfinden könnte. Es war beabsichtigt, die Feier im Park der Waldschlösschen-Brauerei abzuhalten. Sie hatten deshalb Verhandlungen sowohl mit der Direktion der Brauerei als auch dem Pächter des Parkes eingeleitet. Diese Herren jedoch haben unsere Parteigenossen eine Zeit lang hingehalten, ihr ganzes Verhalten zeigt jedoch mit vollständiger Klarheit, daß sie den Park nicht zur Maifeier hergeben wollen. Es zeigt sich aber auch hier wieder, daß gewisse Gastwirthe gern Arbeitergroßchen einstecken, wenn es aber gilt, den Arbeitern auch einmal entgegenzukommen, ihnen das Lokal zu einem für sie außerordentlich wichtigen Zweck herzugeben, dann schieben sie, nach anderer Seite hin anzuklopfen und weisen die Arbeiter von ihrer Thür. Daß sich diese Gastwirthe und Brauereien auf solche Weise keine Sympathie unter der Arbeiterschaft erwerben, ist klar!

Soziale Ueberblick.

Der Streik der Förderleute (das sind meist jugendliche Arbeiter) auf dem vierten Bräckenbergschacht bei Zwickau umfaßt jetzt 100 Mann. Die Ursache des Ausfalls sind Lohn-differenzen. Die Streikenden, deren Lohn 1,60 bis 2 M. pro Tag beträgt, sowie 25—35 Pf. für Ausbeute, verlangen für die Schicht 1,60 M. und 60 Pf. für Ausbeute. Die Verwaltung hat 40 Pf. Gewinn für Ausbeute bewilligt, ein Beweis jedenfalls, daß selbst von ihr die Berechtigung des Verlangten nicht bestritten werden kann. Die Streikenden beharren indes auf ihrer Forderung.

Im Wiener Tischlerstreik (siehe 2. Beilage). Wie ein neueres Telegramm besagt, haben, entsprechend dem Beschluß, bereits 13 000 Tischlergehilfen, darunter ungefähr 800 an der Ausschaltung für Volksernährung beschäftigte, die Arbeit eingestellt. Die Ruhe ist nicht gestört worden. 12 Meister zigten dem Streikomitee an, daß sie die gestellten Forderungen bewilligen, worauf in den Werkstätten dieser Meister die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die streikenden Tischler in der Ausschaltung sind durch Zimmerleute ersetzt worden.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Riccius in Peitz (Lausitz) dauert seit dem 24. März unverändert fort. Streikbrecher haben sich aus Deutschland nicht, wohl aber aus Oesterreich gefunden. Man hat dieselben durch das Versprechen, der Verdienst betrage wöchentlich 20—24 M., herbeigelockt; in Wirklichkeit wird nur 10—12 M. verdient. Die Streikenden, die über sehr wenig Mittel verfügen, erjuchen um thätigste Unterstützung; vor allem aber ist der Bezug fernzuhalten. Sendungen sind zu richten an: Paul Pehald, Brauerstr. 33/34, Peitz.

Bergarbeiter-Entlassungen. Auf verschiedenen Zechen des Essener Reviers wurden am 15. April — so meldet die „Köln. Volksztg.“ — Entlassungen und Rindigungen von Bergarbeitern vorgenommen. Auf der Zeche „Zollverein“ sollen allein 400 Rindigungen vorgekommen sein.

Dem Bergarbeiter-Ausstand in Falkenau (Böhmen), haben sich weitere 1000 Mann angeschlossen, so daß die Zahl der Streikenden jetzt 2000 beträgt. Die Hälfte aller Schächte steht.

Witterungsüberblick vom 17. April.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (in 4° R.).
Swinemünde.	755	SW	3	heiter	12
Hamburg.	755	SW	3	bedeckt	11
Berlin.	755	Still	—	bedeckt	14
Wiesbaden.	755	Still	—	bedeckt	11
München.	755	W	2	bedeckt	10
Wien.	—	—	—	—	—
Saparanda.	765	D	4	bedeckt	3
Petersburg.	764	S	1	halb bedeckt	7
Cort.	749	N	2	heiter	9
Aberdeen.	745	SW	3	wollig	8
Paris.	755	SW	3	bedeckt	9

Witterung in Deutschland am 17. April, 8 Uhr Morgens. Obwohl das Barometer seit gestern noch etwas gefallen ist und jetzt in ganz Deutschland unter seiner durchschnittlichen Höhe liegt, haben die Regenfälle aber doch größtentheils aufgehört. Auch die südlichen Winde sind wieder schwächer geworden, vielfach ist in Mitteldeutschland sogar völlige Windstille eingetreten. In West- und Süddeutschland ist der Himmel nach zahlreichen gestrigen Gewittern noch heute überall bewölkt und die Temperatur ein wenig gesunken. Im Nordosten ist es hingegen ziemlich heiter und noch etwas wärmer geworden; in Berlin zeigt das Thermometer schon am Morgen 14 Grad Celsius.

Berliner Wetterbureau.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. April 1894. Ein wenig kühleres, zeitweiliges heiteres, vielfach wolliges Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Post-Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Schöneberger Bahnhof. Sie haben kein Verrecht, da gepfändet ist.

F. S. Wir können zu einer Beleidigungsklage nicht raten.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 17. April. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Dortmund meldet, hat in der vergangenen Nacht auf der Zeche „Germania“ ein Schachtbrand stattgefunden. Die Belegschaft ist gerettet.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wrag, 17. April. Hier selbst wurden von der Polizei 70 000 revolutionäre Broschüren beschlagnahmt, welche von Wien mit der Bahn hierher geschickt wurden. Dieselben sollen Aufreizungen gegen die besitzenden Klassen enthalten haben und Auf-forderung an die Arbeiter, am 1. Mai zu feiern.

Für den Inhalt der Interzesse über nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Mittwoch, den 18. April.
Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Hamlet.
Deutsches Theater. Der Taktman.
Berliner Theater. Die Waise von Wood.
Festung-Theater. Niobe.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Bettelstudent.
Residenz-Theater. Deforist.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Der neue Kurs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Victoria-Theater. Die Kinder des Kapitan Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die Nachtulen von Paris.
National-Theater. Gefährliche Waffen.
Theater Unter den Linden. Der Mikado. Hierauf Columbia.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Otdachlosen von Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 192.
Novität. Novität.
Mittwoch, den 18. April:
Gefährliche Waffen.
Schauspiel in 5 Akten und 7 Bildern (nach dem gleichnamigen Roman des Berliner Lokal-Anzeigers) von Doris Frein v. Spätgen) von Hugo Busse.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Abendvorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: **Gefährliche Waffen.**

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 80.
Zum 11. Male:
Der neue Kurs.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Leopold Ely.
Musik von Julius Eindehoffer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: „Der neue Kurs“.

Adolph Ernst-Theater.
Heute:
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akt. v. Brandon Thomas
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Kelt. u. größt. Stablißem. Werk.
Täglich bei freiem Entree
abwechslndes Programm
der österreichischen Damenkapelle
„Dittl“
in kleinrussischen Nationalkostümen.
Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges,
sowie Aufreten der nordamerikanisch.
Negergesellschaft **Mr. Brown.**
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regelbahnen, 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambrius.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Passage-Panopticum.
Die **Glocke**
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Kaufmann's Variété.
Gänzlich renovirt!
Neue Direction.
Eletr. Beleuchtung.
Täglich:
Große Künstler-Spezialitäten-
Vorstellung.
Auftreten von Künstlern I. Ranges.
Kapelle 24 Mann stark.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 19. April:
Abschieds-Soirée
der
Stettiner Sängers
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf. (S. Plakate).
Freitag und Sonntag:
Victoria-Brauerei.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster
Familien-Anfenthalt.
Benefiz-Vorstellung
f. Georg Fischer u. Edwin Stempel.
Neu! Höllenqualen. Neu!
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 130 Pf.
Refer. 150 „
R. Winkler.

Castan's Panoptikum.
Im 9. Kreise der Hölle:
Der Rutsch a. d. Kapfmeißer.
Elite-Damenkapelle Austria.

Nur noch kurze Zeit.
Circus Renz.
(Parlstraße.)
Mittwoch, den 18. April:
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf zur fröhlichen Jagd!
Parforce- u. Kasabeneritt. Ballet von
100 Damen. Meute von 40 Hunden.
Außerdem: Das Schulsperd Kande-
lader, ger. v. Herrn Ernst Renz; der
Donny Polichinell, dressirt u. vorgef.
von Herrn Lavator Leo; der lautlos.
Jockey Wassilliams; die Luftgymnast.
Gehr. Wortley; Cavallerie zu Pass etc.
Donnerstag:
Auf, auf, zur fröhlichen Jagd.
Sonntags: Benefiz f. d. „August“
Mr. Lavator Leo.
Fr. Renz, Direktor.

Achtung! Achtung!
Gesangvereine,
die gewillt sind, unser
480/5*
Maifest
am Dienstag, den 1. Mai, verschönern
zu helfen, werden hiermit gebeten, sich
an den Genossen **Hermann Kube,**
Schillerstr. 82, Hof 2 Tr., bis Sonn-
abend, den 21. d. M., zu wenden.
Das Maifest-Komitee
in Charlottenburg.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle
zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Ww. E. Schmiedel.
B. Niefert's Festsäle,
Weberstr. 17.
Empfehle meine eleganten Säle zur
Abhaltung von Festlichkeiten und Ver-
sammlungen gratis. (59368*)
B. Niefert, Weberstraße 17.
kosten 2 Kabinett- u.
12 Bildbilder bei
29896 **Böhme, Lindenstr. 43,**
gegenüber der Zimmerstraße.
Kinderwagen
Größtes Lager
Zwincmünderstraße Nr. 6.
Zwei-Jahrlung gepatet. 29906

Ein frommer Sozialdemokrat ist an-
gekommen. R. u. Frau Bell, Jorner.
Unserm Genossen und Kollegen
Johannes Lütgehaus
zu seinem heutigen Wiedergeburtstag ein
dreimal donnerndes Hoch! 3057b
Es sei denn! — Gannes, mach Du'ne!
Du bist mein Mann! — A vous santé.
Codes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Vereins zur
Wahrung der Interessen der
Gast- und Schankwirthe Berlins
und Umgegend zur Nachricht, daß
der Kollege

Cornelius,
Plantagenstraße 42, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 18. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, vom
Trauerhause aus nach dem Pauls-
Kirchhofe statt.
Der Vorstand:
J. A. W. Lorenz.
Unfallfäden, Magen, Eingaben.
Puhger, Steglitzerstr. 65.

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
(Mitgl. d. A.-S.-B.) — Dirigent: W. Böke.
Am Sonntag, den 22. April, Abends 6 Uhr, in den
„Konfordia-Festsälen“, Andreasstraße Nr. 64:
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Eintrittskarten im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.
Nach dem Konzert: **BALL.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Eintrittskarten à 40 Pf. sind bei Herrn Stolle, Oranienstr. 126, II,
sowie im Sektorsaal des „Vorwärts“, Weuthstr. 2, Hof 4 Tr., zu haben.

Freie Volksbühne.
Mittwoch, den 25. April, Abends 8 1/2 Uhr,
in den „Konfordia-Festsälen“, Andreasstraße Nr. 64:
Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Antrag des Vorstandes auf
Aenderung der §§ 6 und 20 des Statuts. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung ladet dringend ein **Der Vorstand.**
Am Sonntag, den 22. April, findet für die 3. Abtheilung eine
Vorstellung im National-Theater statt. Zur Aufführung gelangt:
Wie man wohlthut.
Schauspiel in 4 Akten von Edgreen-Lessler.
In deutscher Bearbeitung von Gustav Lichtenstein.
Nachher:
Michel Perrin.
Sustspiel in 2 Akten von Mollésville-Duverrier.
Heft 8 der Volksbühne, enthaltend: Wie man wohlthut. Michel Perrin.
Die Thätigkeit der Freien Volksbühne. Vereinsnutzen, ist zu haben zum
Preis von 10 Pf. oder Einlösung einer 10-Pfennig-Marke in der Buch-
handlung des „Vorwärts“, Weuthstr. 2. 85/4

**Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe
Berlins und Umgegend.**
Am Freitag, den 20. April, Nachmittags 5 Uhr, beim
Kollegen **Witte, Andreasstraße 26:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes und Jahres- und Vierteljahresbericht
des Kassiers.
2. Bericht der Rechenschafts-Kommission.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Ersatzwahl des Vorstandes und der Rechenschafts-Kommission.
5. Fortsetzung über den Bericht der Vier-Kommission.
6. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand. J. A. W. Lorenz. 60202*

Der Arbeitsvertrag.
Von **Rich. Lipinski.**
Groß-Oktav 32 Seiten. Preis 20 Pfennige. Porto 3 Pf.
Inhalt: Der Arbeitsvertrag. Das Lohnverhältnis. Die Lösung
des Arbeitsverhältnisses. Das Zeugnis. Das Klageverfahren.
Nachwort.
Die Broschüre giebt an der Hand der Gewerbe-Ordnung, des Gewerbe-
gerichts-Gesetzes, der sonstigen Reichsgesetze und Urtheile verschiedener Ge-
werbegerichte dem Arbeiter Aufklärung über die einzelnen rechtlichen Be-
stimmungen, die auf den Arbeitsvertrag Bezug haben. Es ist somit ein
Freisaden für den Arbeiter vom Beginn bis zum Ende des Ar-
beitsverhältnisses und darf folgedessen in keiner Bibliothek des Arbeiters
fehlen.
Zu beziehen durch sämtliche Parteibuchhandlungen, sowie durch
den Verleger **Rich. Lipinski, Leipzig, Poststraße 6.**

**Orts-Krankenkasse
des
Zimmerer-Gewerbes.**
Bekanntmachung.
Vom 1. Mai d. J. ab ist das
Kassenlokal wie folgt geöffnet:
An den Wochentagen von 7-12 Uhr
Vormittags.
Sonntags Nachmittags von 5-7 Uhr,
nur zur Entgegennahme von Beiträgen
und Verabreichung v. Medizinischen.
An Sonn- u. Feiertagen ist geschlossen.
Dieses wird hiermit auf Grund § 80
des Kassenstatuts den Interessenten zur
Kenntniß gebracht.
30626 **Der Vorstand.**
Vereins-Abzeichen etc.
H. Guttman,
Brunnenstr. 9.

**Orts-Krankenkasse
des
Töpfergewerbes
zu Berlin.**
Donnerstag, den 19. April cr.,
Abends 6 1/2 Uhr:
**Generalversammlung
der Delegirten**
im Saale des Herrn **Alb. Keller,**
Fergstr. 68.
Tagesordnung:
1. Neuwahl der ausscheidenden und
ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder.
2. Wahl dreier Kassenrevisoren (1 Ar-
beitgeber und 2 Arbeitnehmer) zum
Jahresabschluss. 3. Wahl eines Kranken-
besucher-Stellvertreters. 4. Statuten-
änderung der §§ 1 bis 68. 5. An-
träge. 6. Verschiedenes.
Nach § 47 des Statuts.
Nur Delegirten haben Zutritt.
Der Vorstand:
Franz Beyer, 1. Vorsitzender,
Rylestr. 29.
Rudolph Valle, Schriftführer,
Madaistr. 9. 827/19

Freie Volksbühne.
Mittwoch, den 25. April, Abends 8 1/2 Uhr,
in den „Konfordia-Festsälen“, Andreasstraße Nr. 64:
Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Antrag des Vorstandes auf
Aenderung der §§ 6 und 20 des Statuts. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung ladet dringend ein **Der Vorstand.**
Am Sonntag, den 22. April, findet für die 3. Abtheilung eine
Vorstellung im National-Theater statt. Zur Aufführung gelangt:
Wie man wohlthut.
Schauspiel in 4 Akten von Edgreen-Lessler.
In deutscher Bearbeitung von Gustav Lichtenstein.
Nachher:
Michel Perrin.
Sustspiel in 2 Akten von Mollésville-Duverrier.
Heft 8 der Volksbühne, enthaltend: Wie man wohlthut. Michel Perrin.
Die Thätigkeit der Freien Volksbühne. Vereinsnutzen, ist zu haben zum
Preis von 10 Pf. oder Einlösung einer 10-Pfennig-Marke in der Buch-
handlung des „Vorwärts“, Weuthstr. 2. 85/4

**Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe
Berlins und Umgegend.**
Am Freitag, den 20. April, Nachmittags 5 Uhr, beim
Kollegen **Witte, Andreasstraße 26:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes und Jahres- und Vierteljahresbericht
des Kassiers.
2. Bericht der Rechenschafts-Kommission.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Ersatzwahl des Vorstandes und der Rechenschafts-Kommission.
5. Fortsetzung über den Bericht der Vier-Kommission.
6. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand. J. A. W. Lorenz. 60202*

Der Arbeitsvertrag.
Von **Rich. Lipinski.**
Groß-Oktav 32 Seiten. Preis 20 Pfennige. Porto 3 Pf.
Inhalt: Der Arbeitsvertrag. Das Lohnverhältnis. Die Lösung
des Arbeitsverhältnisses. Das Zeugnis. Das Klageverfahren.
Nachwort.
Die Broschüre giebt an der Hand der Gewerbe-Ordnung, des Gewerbe-
gerichts-Gesetzes, der sonstigen Reichsgesetze und Urtheile verschiedener Ge-
werbegerichte dem Arbeiter Aufklärung über die einzelnen rechtlichen Be-
stimmungen, die auf den Arbeitsvertrag Bezug haben. Es ist somit ein
Freisaden für den Arbeiter vom Beginn bis zum Ende des Ar-
beitsverhältnisses und darf folgedessen in keiner Bibliothek des Arbeiters
fehlen.
Zu beziehen durch sämtliche Parteibuchhandlungen, sowie durch
den Verleger **Rich. Lipinski, Leipzig, Poststraße 6.**

**Orts-Krankenkasse
des
Zimmerer-Gewerbes.**
Bekanntmachung.
Vom 1. Mai d. J. ab ist das
Kassenlokal wie folgt geöffnet:
An den Wochentagen von 7-12 Uhr
Vormittags.
Sonntags Nachmittags von 5-7 Uhr,
nur zur Entgegennahme von Beiträgen
und Verabreichung v. Medizinischen.
An Sonn- u. Feiertagen ist geschlossen.
Dieses wird hiermit auf Grund § 80
des Kassenstatuts den Interessenten zur
Kenntniß gebracht.
30626 **Der Vorstand.**
Vereins-Abzeichen etc.
H. Guttman,
Brunnenstr. 9.

Bei unserer Abreise von Berlin
sagen wir hiermit allen Freunden und
Genossen ein herzliches Lebewohl.
Berlin, den 18. April 1894.
H. Rüdiger und Frau.
E. Reichert und Frau.
Achtung!
Empfehle allen Genossen mein Lokal
zur Maifeier
und Abhaltung von Festlichkeiten,
sowie zwei Vereinszimmer, Garten mit
neu renovirter Regelbahn. 30546
Achtungsvoll
F. Kelle, Schönhauser Allee 28,
früher Kuhlmoys.
Der heutigen Nummer unseres
Blattes liegt die gestrige Gewinn-
liste der preuß. Lotterie bei.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Weuth-Strasse 2.
Maifeier-Literatur
Agitations-Schriften.
Arbeiterschutz
und
Achtstundentag.
Von **Karl Rautsky.**
80 Seiten, Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.
*
Arbeiterschutzesetzgebung
und ihre internationale Regelung.
Von **Paul Ernst.**
88 Seiten, Preis 15 Pfg., Porto 5 Pfg.
*
Für den Achtstundentag.
Von **D. Zinner.**
48 Seiten, Preis 25 Pfg., Porto 5 Pfg.
*
Der Achtstundentag.
Von **R. Seidel.**
16 Seiten, Preis 10 Pfg., Porto 5 Pfg.
*
Verkürzung der Arbeitszeit.
Erfahrungen
und Urtheile von Geschäftleuten.
Von **Rudolf Morf.**
82 Seiten, Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Sozialistische Theaterstücke.
Die Tochter d. Staatsanwalts.
Schwan in einem Akt v. M. Regel.
Preis 30 Pfg., Porto 5 Pfg.,
10 Expl. (nützige Rollenwahl) 2,50 Mk.,
Porto 10 Pfg.
*
Wieder ein Kämpfer!
Charakterbild aus dem Arbeiterleben
von **M. Krause.**
Preis 30 Pfg., Porto 5 Pfg.,
7 Expl. (nützige Rollenwahl) 1,80 Mk.,
Porto 10 Pfg.

Gedichte. Prologe.
Karl Gendell:
Buch der Freiheit.
2 Bände in elegantem Umschlag.
Preis pro Band 1,75 Mk. Porto 30 Pfg.
Komplet in Prachtband geb. Mark 6,00.
Porto 30 Pfg.
Trübachtigall.
Inhalt: Stühende Gipfel (Maifestspiel).
Gründungsband.
Preis broschirt 1,50 Mk., geb. 2,00 Mk.
Porto 20 Pfg.
Poetisches Skizzenbuch.
Preis gebunden 3,50 Mk., Porto 10 Pfg.

Diorama.
Preis 3,00 Mark. Porto 20 Pfg.
Amselkruse.
Preis 2,00 Mark. Porto 20 Pfg.
Strophen.
Preis 1,00 Mark. Porto 20 Pfg.
Aus meinem Liederbuch.
Prachtband.
Preis 7,00 Mark. Porto 80 Pfg.
*
Deutsche Arbeiter-Dichtung.
Eine Auswahl Kleider
und Gedichte deutscher Proletarier.
Ed. 1. W. Hasenclever, B. Frohne, J. Kopp.
Ed. 2. J. Andorf. Ed. 3. R. Lenz.
Ed. 4. M. Regel. Ed. 5. J. Kopp.
Preis pro Band, eleg. gebunden Mk. 1.
Porto 10 Pfg.
*
Schiffahrt.
Sozialistische Dichtgedichte zum 1. Mal.
Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.
*
Gelegenheits-Gedichte
und
Prologe für Arbeiterfeste.
Von **Manfred Wittich.**
Preis 75 Pfg., Porto 10 Pfg.
Gebunden 1,30 Mark. Porto 20 Pfg.
*
Kaketen u. Leuchtflugeln.
Eine Festgabe zum 1. Mai.
Von **S. Kolosky.**
Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Bei Bezug von anwärts empfiehlt es sich,
bei kleineren Bestellungen den Betrag in
Postmarken gleich beizufügen, bei größeren
Aufträgen vorherige Anweisung, um die
Nachnahmekosten zu ersparen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung vom 17. April 1894. 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher, v. Berlepsch, Pöhmann.

Zur ersten Lesung steht die Vorlage, wonach die im § 120 Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung festgesetzte Frist, innerhalb deren die Zentralbehörde für bestehende fakultative Fortbildungsschulen Ausnahmen von der dort über den Unterricht getroffenen Bestimmung gestatten kann, bis zum 1. Oktober 1897 erstreckt werden soll.

Preussischer Handelsminister v. Berlepsch: Ob die Vorlage nach dem Ergebnis der Besprechung der Interpellation (Dann) Aussicht auf Annahme hat, steht dahin. Die verbündeten Regierungen aber glaubten die Vorlage machen zu müssen, und einer Pflicht zu genügen. Daß die Verlegung des Unterrichts, hauptsächlich des Zeichenunterrichts auf die Wochenabende unthunlich ist, ist bereits eingehend dargelegt und besprochen worden. Der zweite Ausweg, den Unterricht zu theilen und ihn vor und hinter die Stunden des Hauptgottesdienstes zu legen, ist ebenso ungangbar, denn diese Theilung würde den Unterricht nicht nur zerreißt, sondern durch diese Zerreißung und Unterbrechung auch in seinem Erfolg schwer beeinträchtigen, namentlich sofern das Fach- und technische Zeichen in Betracht kommt. Was sollte mit den Lehrern und den Schülern in der Zwischenzeit geschehen? Die Lehrer würden vielfach nicht die Neigung haben, in die Kirche zu gehen; mancher würde den Nachmittagsgottesdienst vorziehen. Auf diesem Wege sei nur dann etwas zu erreichen, wenn man gleichzeitig den obligatorischen Kirchenbesuch einführen wollte mit allen seinen Konsequenzen in Bezug auf Kontrolle und dergleichen. Als einziger Ausweg bleibt nur übrig, einen besonderen Gottesdienst mit Zustimmung der kirchlichen Behörden für die Fortbildungsschüler einzurichten. Einen prinzipiellen Widerstand setzt die evangelische Kirche diesem Ausweg auch gar nicht entgegen; an zahlreichen Orten sei diese Einrichtung getroffen. In Berlin sei man bedauerlicher Weise noch nicht zur Einigung gelangt. Es werde aber, wenn der Reichstag die Frist gewähre, mit den kirchlichen Behörden eifrig weiter verhandelt werden und die verbündeten Regierungen begten die Zuversicht, daß eine Verständigung zustande kommt. Die Ablehnung der Vorlage würde die Fortsetzung des Fach- und Zeichenschulunterrichts direkt in Frage stellen, wenn man nicht dazu schreiten wollte, den Fachunterricht von dem Fortbildungsschulunterricht vollständig zu trennen und auf den Fachunterricht die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung als nicht anwendbar zu erklären. Daß sich das machen ließe, sei keinem Zweifel unterworfen (Hört! hört! links), es wäre aber sehr schwierig und die Trennung an sich höchst unerwünscht. Nur im Falle äußerster Noth würde zu diesem Mittel gegriffen werden. Verfügt man die heutige Einrichtung, so geht nicht bloß der stiltliche Einfluß der Kirche, sondern auch der erzieherische Einfluß der Schule verloren.

Abg. Dr. Kropatschek (kl.) hält aus den bei der Erörterung der Interpellation (Dann) entwickelten Gründen daran fest, daß diese Vorlage abzulehnen sei. Ob die Drohung des Ministers, die Fachschulen von dem Fachbildungsschul-Unterricht abzusondern und die erlernten dem Bereich der Gewerbeordnungs-Vorschriften zu entziehen, so leicht auszuführen ist, bezweifle ich; niemand, auch der Minister nicht, kann die Meister zwingen, den Lehrlingen zum Besuch dieses Fachunterrichts am Sonntag die Erlaubniß zu geben. Das Beste ist und bleibt die Verweisung des gesamten Unterrichts auf einen freien Vor- oder Nachmittag in der Woche. Hier liegt aber der wunde Punkt: Man will den Lehrmeistern nicht die Gelegenheit, ihre Lehrlinge voll auszunutzen, für einen halben Tag in der Woche entziehen und denkt, die Kirche könne ja herhalten. Einen solchen Zustand können wir nicht fördern wollen, wir müssen diesem Mißstand vielmehr entgegenarbeiten.

Abg. Dann (natl.) begrüßt die Vorlage mit lebhafter Freude. Von einer Unsumme von Handwerksmeistern und kleinen Gewerbetreibenden seien die beweglichsten Bitten und Zuschriften wegen unverklärter Erhaltung der bestehenden Schulen an die nationalliberalen Vertreter gelangt. Geht der Antrag nicht durch, so sind die Fortbildungsschulen zum Untergang verdammt.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.): Nach drei Jahren werden wir ganz genau auf demselben Standpunkt stehen, wie heute. Wir bleiben auf dem Kompromiß von 1891 stehen; nicht die Kirche ist es, die auf diesem Gebiete Konzessionen zu machen hat. Auch wir sind der Meinung, daß der freie Sonntag niemandem beschränkt werden soll. Der Unterricht gehört in die Woche. Die Möglichkeit dazu wird sich, wenn wirklich die Absicht, eine Verständigung zu erreichen, vorhanden ist, schon finden lassen.

Abg. Schmidt-Ebersfeld erklärt für die freisinnige und süd-deutsche Volkspartei die Zustimmung zur Vorlage.

Abg. Schädler (Z.) Ich glaube nicht, daß die Schulen dem Untergang geweiht sind, wenn diese Vorlage verworfen wird. Wir sind nicht in der Lage, einem Gesetze zustimmen zu können, von dem die protestantischen Kirchenbehörden erklären, daß es in ihre Befugnisse direkt eingreift.

Abg. Vogtner (Soy.): Es handelt sich hier nicht sowohl um Bestimmungen zum Schutz und zur Erhaltung der Kirchen- und Gottesdienstordnung als vielmehr zur Regelung gewerblicher Angelegenheiten. Die Erfahrungen seit 1891 sollten auch die Freunde des damaligen Kompromisses von der Erfolglosigkeit der Bestrebungen überzeugen, eine Einigung mit den kirchlichen Behörden zu erreichen; weil es eben an dem guten Willen der letzteren gefehlt hat. Handelte es sich hier um die Weiterentwicklung des Militarismus, so würden zweifellos die gesammten kirchlichen Kreise auf der ganzen Linie für Konzessionen zu haben sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um so weniger beziehe ich die Haltung der nationalliberalen Partei, die sich nicht auf den Boden der gegebenen Thatsachen stellen, sondern noch weiter mit den Kirchenbehörden verhandeln will. Für die wahren Freunde des Volksschulwesens müßte es gewissermaßen ein Stolz sein, nicht mit sondern trotz der Kirche eine Förderung der Volksschule zu erstreben. Nur auf Grund des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts ist eine wirksame und nützliche Ueberführung des Unterrichts auf die Wochentage möglich. Natürlich muß der Unterricht an den Wochen- oder mittagen, nicht in den Abendstunden stattfinden, schon des Zeichenunterrichts willen. Daß sich die Unternehmer gegen einen solchen Unterricht sträuben werden, obwohl doch die Fortbildung der Lehrlinge in ihrem eigenen, geschäftlichen Interesse liegt, ist zweifellos. Dafür liegen uns die Klagen von Fortbildungsschulen in Celle, Essen und Göttingen schon heute vor. Entschieden sich die Herren auf der Rechten für den Wochentagsunterricht, sie würden sofort auf den Widerspruch ihrer intimsten Freunde, der Innungsmeister, Rosen. Die neuliche Erklärung des Staatssekretärs v. Bötticher, man werde schließlich doch dahin kommen, den Fortbildungsschulunterricht allmählig auf die Wochentage überzulassen, steht einigermaßen in Widerspruch mit der heutigen Rede des Handelsministers. Wir wollen der Regierung keine neue Frist gewähren, sondern sie in die

Zwangslage versetzen, ja oder nein zu sagen, offen Farbe zu bekennen. Will die rechte Seite des Fortbildungs-Schulunterrichts kräftig ausbauen und die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft befördern, dann sorge sie zunächst für eine gründlichere Verbesserung des Volksschulwesens in den Einzelstaaten und schreibe sich unseren Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit an. Dadurch allein erhalten die Arbeiter mehr Zeit, sich den „Luzus der frischen Luft“ zu gestalten und sich geistig weiter auszu-bilden.

Abg. v. Stumm (Rp.): Für die Vorlage wird das Interesse des Zeichenunterrichts vor allem ins Feld geführt. Bei den Fortbildungsschulen für Mädchen, ich glaube bei allen, besteht gar kein Zeichenunterricht. Gälte ich gewüßt, wozu die Mädchen in diesen Fortbildungsschulen des Vormittags von 8-12 beschäftigt werden, niemals hätte ich 1891 zu dem Kompromiß bis 1894 meine Hand geboten. Ich finde es geradezu haarträubend, daß man in diesen Mädchenfortbildungsschulen die Mädchen mit Maschinennähen, Kleidermachen u. dgl. beschäftigt. Dinge, die gar kein Unterricht, sondern eine gewerbliche Thätigkeit sind. Soweit diese Schulen in Betracht kommen, verwerfe ich die Vorlage ganz unbedingt. Aber auch für die Innungen, die Lehrlinge, selbst die Gefellen ist der Zeichenunterricht am Sonntag Vormittag nicht erforderlich, um so weniger, als er thatsächlich schon vielfach an Wochenabenden stattfindet. In Berlin wird die Verlegung in die Woche wohl durchführbar sein. Tritt ein Interregnum ein, so ist es doch gewiß besser, die Schüler verläßlich eine Zeit lang den Fortbildungsunterricht, sie können sie wieder einholen, als den Kirchenbesuch, den können sie nicht wieder einholen (Widerspruch links). Lehen bei den Sozialdemokraten. Würde das Gesetz erreicht, so würden die in Betracht kommenden städtischen Behörden die Sache wieder hinstellen, und es würde alles beim Alten bleiben.

Minister v. Berlepsch: Die Entscheidung darüber, ob sie die Ausnahme gestatten will, liegt bei der Zentralbehörde; die städtischen Behörden haben also keineswegs freie Hand. Die Regierung hätte den Entwurf nicht vorgelegt, wenn sie nicht die ganz bestimmte Aussicht und Zuversicht hatte, innerhalb dieser Frist zur Regelung der Sache zu gelangen. Die Gegner der Vorlage sehen die Sache so an, daß es sich hier um ein zu wählendes Prinzip handle, und schließen die Augen vor den praktischen Verhältnissen; sie werden nur eine Schwärzung dessen erreichen, was sie schämen und wahren wollen. Wenn es einen entscheidenden Gegner der Verlegung des Unterrichts in die Woche giebt, so ist es das deutsche Handwerk, das habe ich Herrn Kropatschek zu erwidern. Die Zustimmung der kleinen Gewerbetreibenden zu einem freiwilligen Besuche der Schule zu einer Tagesstunde in der Woche können Sie heute unter keinen Umständen erreichen, dafür sind die Schicksale der Fortbildungsschulen in Ostpreußen und Polen Zeugen.

Abg. Nicker: Die Rechte und die Sozialdemokraten sind es also, die die Vorlage vereiteln. Wir werden für die Vorlage stimmen und überlassen denen, die sie ablehnen, die Verantwortung für die Folgen.

Abg. Müller (natl.) behauptet, daß die Haltung der äußersten Linken und der äußersten Rechten die Erhaltung einer Menge von Fortbildungsschulen namentlich in den kleineren Orten und auf dem Lande unmöglich machen wird.

Damit schließt die erste Berathung. In der zweiten Berathung wird das Wort nicht ergriffen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen, Antisemiten, der meisten Volksparteier und der 3 Mitglieder Camp, Engels, v. Löwen, Bauermeister, Raue und Schutz-Lupig von der Reichspartei abgelehnt.

Es folgt die dritte Berathung der von dem Zentrum und der Freisinnigen Vereinigung eingebrachten Vorlage auf Abänderung des Wahlgesetzes.

In der Generaldiskussion erklärt

Abg. Waffermann (vll.), daß ein Theil seiner Freunde gegen die Vorlage stimmen werde, weil sie Bedenken gegen die Anrechnung der Wahlzeit bis 7 Uhr Abends, gegen die Neuerung, daß der Wähler das Koutert selbst in die Urne legen solle und gegen die nach ihrer Ansicht unausführbare Herstellung eines Isolirtmes für die Beförderung des Stimmzettels in das Koutert hegen und diese Bedenken als ausschlaggebend ansehen. Der größere Theil der Partei aber wird mit dem Redner, um den namentlich auch durch die letzte Verhandlung der Wahlprüfungs-Kommission als notwendig erwiesenen wirksameren Schutz des Wahlbestimmnisses und der Wahlfreiheit zu sichern, für den Antrag stimmen.

Abg. Wehber (Z.): Die Einwände des Vorredners betreffen nur einen Theil der Vorschläge und hätten auch nicht die ganze Partei auf ihrer Seite. Hoffentlich würden auch die verbündeten Regierungen dem Reichstagsbeschlusse wohlwollend gegenüber-treten.

Abg. Nicker (Rp.) dankt dem Zentrum und den Nationalliberalen für ihre Unterstützung.

In der Spezialberathung werden die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs ohne Debatte genehmigt, ebenso das Gesetz in der Gesamtstimmabnahme gegen die Stimmen der Rechten und eines Theiles der Nationalliberalen.

In der ersten Lesung des vom Zentrum, den Deutsch-konservativen und einigen Nationalliberalen eingebrachten Entwurfs eines Heimstätten-gesetzes für das Deutsche Reich fährt zur Begründung

Abg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein aus, daß die Vorlage unerlässlich sei, um eine wirkliche Stabilisirung des bäuerlichen Besitzes zu ermöglichen. Die unheilbare Heimstätte, die jeder Angehörige des Deutschen Reiches nach vollendetem 24. Jahre errichten kann, darf die Größe eines Bauernhofes nicht übersteigen, muß einer Familie Wohnung gewähren und die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ermöglichen. Es darf bis zur Hälfte, aber nur mit Renten und Annuitäten ver-schuldet sein und soll der Zwangsversteigerung nur in ganz besonderen Ausnahmefällen unterliegen.

Abg. Schorlau (Soy.): Dieser Gesetzentwurf, der angeblich aus einer eingehenden Kommissionsberathung hervorgegangen ist, erscheint mir als der Typus des krassen Dilettantismus in der Gesetzgebung. Er zeigt die größte Unfähigkeit, die Grundzüge, auf denen der Entwurf aufbaut ist, zu Ende zu denken. Wir haben die Heimstättenfrage aus Amerika übernommen, wo die Heimstätten-gesetzgebung sowohl für die Union wie für eine Reihe von Einzelstaaten besteht. Aber bei der Reise über das große Wasser hat sich die Heimstätten-gesetzgebung den deutschen Verhältnissen angepaßt. Es ist daraus der Versuch geworden, bäuerliche Fideikomisse herzustellen. Der Versuch ist aber durchaus mißlungen. Die Heimstätten sollen nur bis zur Hälfte des Er-tragswertes belastet werden, und zwar nur mit amortisierbaren un kündbaren Renten und Hypotheken. Ich leugne nicht, daß unsere Bauernschaft stark verschuldet ist, wenn aber nicht weiter als bis zur Hälfte des Ertragswertes belastet werden soll, sind von vornherein alle höher Belasteten ausgeschlossen. In dem-selben Augenblick, wo sie eine Heimstätte erwerben, würden ihnen die überschüssigen Schulden gelündigt werden, und sie würden aufsteigen. Wie soll ferner die große Masse der Beschlo-sen eine Heimstätte erwerben? Darüber ist in dem Entwurf kein Wort gesagt. Der Entwurf hat überhaupt die Eigenthüm-lichkeit, sich um Schwierigkeiten herumzudrücken. Ich bin der Ansicht, daß der Entwurf überhaupt keine Lebenskraft

hat; man wird höchstens dadurch den noch nicht verschuldeten kleinen und mittleren Bauernstand erhalten und sehnhaft machen. Die große Masse der deutschen Bauern-schaft wird sich schämen für diese Heimstätten bedanken. Man will alles in eine einheitliche Schablone pressen, in der Abwei-gung mit ihrer Jahrhunderte langen bäuerlichen Tradition und Entwicklung wird man gar nicht in der Lage sein, diese Gesetz-gebung durchzuführen. Man verweist auf die Höferollen. Aber alle ernsthaften Sozialpolitiker sind der Ansicht, und die Er-fahrung hat es bestätigt, daß die ganze neuere Gesetzgebung für die Höferollen und die Landgüter-Ordnung nicht einen Pfiffer-ling werth ist. Man hat damit, abgesehen von Hannover, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr eigenartige sind, nichts er-reicht. Der Bauer im oberbayerischen Gebirge, in Niederbayern, in Thüringen wird sich nicht mit nichts dir nichts das freie Ver-fügungsrecht über seinen Grund und Boden nehmen lassen und sich unter die Vormundschaft des Staates stellen, der die Militär- und Steuerlasten so erhöht. Der Entwurf enthält eine große Reihe von Lücken. Man will mit einem Schlage die Physiognomie der bäuerlichen Wirtschaft in Deutschland ver-ändern. Ueber die Art, wie die Heimstätten einzurichten sind, schweigt sich der Entwurf vollständig aus. Man verweist auf die Landesgesetzgebung, auf die hohe Weisheit einer Regierung. Die Herren wissen es wahrscheinlich selber nicht, wie die Heimstätten einzurichten seien. Es wird nicht gesagt, ob es sich bei der Belastung bis zur Hälfte des Wertes um Personal- oder Hypothekenkredit handelt. Die Zwangsverwaltung kann ausgesprochen werden, wenn der Heimstättler nicht im Stande ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Was die Herren sich damit gedacht haben, wissen sie, wie es scheint, selber nicht. Wie soll unser bureaukratische Staat Tausende kleiner Bauernwirtschaften in Zwangsverwaltung nehmen, etwa durch Heimstätten-Zwangsverwaltungsräthe? Bei den großen Rittergütern des Ostens ist das möglich, bei der bäuerlichen Porzellanverwaltung nicht. Die Herren brüsten sich mit dem praktischen Christenthum. Was soll aus dem Heim-stättler werden, der infolge von Mißernten, von Unfällen in seinem Betriebe abgewirtschaftet hat? Er wird durch diese Zwangsverwaltung abgemiert, aber keine Bestimmung darüber getroffen, daß er aus den Einkünften seines Gutes einen An-spruch auf Unterstützung hat. Soll bei der Erbfindung nicht über die Hälfte des Wertes belastet werden, so wird die Folge sein, daß in vielen Fällen die Ritterhöfe leer ausgehen. Damit wird man Zehntausende und Hunderttausende von Leuten in das Lager der Sozialdemokratie treiben. Die Ritterhöfe werden Tage-löhner oder Industrie-Arbeiter. Oder man muß dafür sorgen, daß die jüngeren Söhne des Bauern wie die des Adels Offiziere und Landräthe werden und die Töchter Hofdamen oder Stüttdamen. Man schafft damit das bäuerliche Majorat. Es fragt sich, ob wir im Reichstag für diese Sache kompetent sind. Graf Caprivi hat vor einigen Tagen erklärt, daß das Reich für die Frage einer Agrarpolitik nicht kompetent ist. Wie kann denn das Reich eine solche Agrarpolitik treiben, ohne direkt mit den Einzelstaaten zu kollidieren. Gerade die Herren vom Zentrum, die Hüter des Partikularismus, hätten keinen Grund, für das Gesetz einzutreten. Der Landwirtschaftsrath hat es 1890 abgelehnt, dem Entwurf des Grafen Dönhoff-Friedrichstein zu-stimmen, und der preussische Landwirtschaftsminister hat geäußert, es bedürfe erst der Feststellung, ob ein Bedürfnis nach Heimstätten für ganz Deutschland oder nur für einzelne Theile vorhanden sei. Ich weiß ganz genau, daß ein Bedürfnis für das Gesetz nur östlich der Elbe vorhanden ist. Die Herren wollen angeblich den Bauern an die Scholle fesseln, aber in Wahrheit wollen sie bloß den Arbeiter sehnhaft machen. Der Gesetzentwurf richtet sich gegen den Grundbesitz der Freigebigkeit. Es handelt sich hier um eine neue Art von Dürigkeit, soll dieses Gesetz Hand und Fuß haben, dann dürfen Sie der Frau nicht allein das Recht einräumen, gegen die Veräußerung Einspruch zu erheben, sondern auch das Recht ohne den Mann eine Heim-stättenerklärung abzugeben, sonst rauben Sie ihr die Gelegenheit, sich zu schützen gegen Obdachlosigkeit und Verarmung. Sie haben überhaupt diesen Gesetzentwurf nicht logisch zu Ende gedacht. Sie hätten ja viel konsequenter Vorbilder in den freilich ge-scheiterten Versuchen in Oesterreich und der Schweiz. Wollen Sie keine bloße Skarrikatur schaffen, dann müssen Sie dafür sorgen, daß die Schuldenlast reduziert wird auf die Hälfte des Ertragswertes und daß der landwirtschaftliche Kredit reichs-gesetzlich organisiert wird. Thun Sie das aber, dann droht Ihnen eine andere Gefahr: alle gesellschaftlichen Schichten, der kleine Kaufmann, der Handwerker und Millionen von Kreditern werden verlangen, daß auch ihre Existenz gesichert wird. Um diese Kon-sequenz haben Sie (rechts) wahrscheinlich nicht gedacht. Ihnen schwebt nur eine gewisse Aristokratie von Kleinbauern vor, welche Sie bei den Wahlen und sonst benutzen können. Am besten wäre es, den Entwurf ohne weitere Umschweife zu begraben. Würde er aber über Hals und Kopf angenommen, so blühte er doch ein todter Quastad und im Papierkorb des Bundesrats steden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bachem (Z.): Es ist gerade ein großer Vorzug dieses Gesetzentwurfes, daß er im guten Sinne partikularistisch ist, nur große allgemeine Gesichtspunkte anstellt und alle Ausführungs-modalitäten den einzelstaatlichen Gesetzgebungen überläßt. Die Kritik des Vorredners gegen die technische Durcharbeitung des Gesetzes ist ähnlich schon in der Kommission des vorigen Jahres ver-lautbart und auch zurückgewiesen worden. Die Verwindung der Hypothekenschulden in amortisierbare Renten ist heute schon möglich, wir haben bereits Bankinstitute, welche sich damit be-fassen. Geht das Gesetz durch und ist das preussische Aus-führungs-gesetz erlassen, so werden die preussischen Institute auch dem kleinen Grundbesitz ihre Hilfe bieten können; wo sie noch nicht vorhanden sind, müssen sie sofort geschaffen werden. Für den Süden und Westen hat das Gesetz die Bedeutung, den mittleren und kleinen Bauernstand zu sehnigen, im Osten aller-dings wird vorwiegend die Wirkung die sein, einen sehnhaften land-wirtschaftlichen Arbeiterstand zu schaffen; und auch das ist ein Nutzen in meinen Augen, wir schlagen also dann zwei Fliegen mit einer Klappe.

Abg. Günther (natl.) ist mit einem Theil seiner Partei-genossen dem Gesetze geneigt und möchte es baldigst verabsch-iebet sehen. Der Verlust von Haus und Hof durch Ver-schuldung und die nachfolgende Subhastation wirkt heute geradezu vernichtend auf den Familienzusammenhalt des Volkes; die Vorlage würde einen Fortschritt zum Bessern bedeuten, weil sie dem Mann auch im Falle der Verschuldung die Wohnung, die Heimstätte, erbleiten. Die Vorlage leide aber an erheblichen Mängeln, so namentlich in der starken Vorkaufsfrist, daß die Ver-schuldung nur bis zur Hälfte des Wertes zulässig ist. In dieser Form kann die Vorlage nicht Gesetz werden. Redner beantragt, den Entwurf einer Kommission zu überweisen.

Abg. Schall (vll.): Die Gegnerschaft der Sozialdemokratie beweist uns, daß ein guter Kern in dem Gesetze liegt (Oh, oh! bei den Sozialdemokraten). Je mehr ich Sie kennen lerne, desto mehr scheinen Sie mir das Dichterwort zu illustriren: Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Für die Vorlage hat sich seiner Zeit der greise Feldmarschall Moltke erklärt. Wir glauben es ist Pflicht der Staats- und der Bundesregierungen, auf Mittel zu sinnen, unsere Bevölkerung

wieder sehnhaft zu machen, nicht etwa in ein Hörigkeitsverhältnis zu bringen, sondern ihr wieder festen Boden unter den Füßen zu geben. Ich kenne das Land, lebe auf dem Lande, ich kenne die Verhältnisse dort besser als die Sozialdemokraten, die davon keine Begriffe haben. (Na! Na! bei den Sozialdemokraten.) Der Zug in die Städte wird aufgehoben, wenn dieses Gesetz erlangen sein wird. Je mehr wir unsere wirtschaftliche Selbständigkeit aufgeben, desto mehr verlieren wir auch unsere nationale Selbständigkeit; darum wollen wir solche Heimstätten wieder einführen. Wo soll die kernhafte deutsche Gesinnung, wo sollen die kernhaften deutschen Männer noch herkommen, wenn der kleine Grundbesitz weiter verfällt wie bisher. (Unruhe links, Beifall rechts.)

Damit schließt die erste Beratung. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird die zweite Lesung auf morgen verlagert.

Der Nachtragsetat zum Etat für 1894/95, durch welchen 10 400 M. für drei neue Mitglieder des Patentamtes und Anknüpfung durch das Baarenzeichen-Gesetz bedingten Vermehrung der Beschäfte dieses Amtes gefordert werden, wird in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen, ebenso in zweiter Lesung die Vorlage betreffend den Schutz der Briefstaben nach den Beschlüssen der XIV. Kommission.

Die Novelle zum Handelsgesetzbuch (Kündigungsruf der Handlungsgehilfen) wird in der Gesamtabstimmung definitiv genehmigt. Darauf wird Verlesung beschlossen.

Schluß gegen 1/7 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Wahlprüfungen, Heimstätten-Gesetz, Viehschlagengesetz - Novelle, Interpellation Herrler.)

Lokales.

Der Briefkasten des „Vorwärts“ wird von den Lesern meistens als allgemeine Auskunftsstelle benutzt. Die Befähigung der Redakteure wird mißbraucht und ihnen zugemutet, daß sie auf alle erdenklichen und einige andere Fragen Auskunft geben sollen. Wenn zwei Personen wollen, wenn am Dienstag zu mitternächtlicher Stunde eine Streitfrage aufgeworfen wird, wenn ein Prozeß droht und in tausenden anderen Fällen wendet man sich in mehr oder minder höflicher Form an die Redaktion um Auskunft. Wir sind gerne bereit, die Fragen zu beantworten, wir weisen aber eine Verpflichtung hierzu zurück. Es ist einfach unmöglich alle Fragen zu beantworten, da dies nur zu einer Zeit geschehen kann, wo die Redaktionsarbeit erledigt ist, vielfach aber überhaupt unmöglich ist, wie z. B. die folgende Anfrage beweist:

„Ist der in dem Artikel Geist-Wehlan in Nr. 85 des „Vorwärts“ genannte Gerichtsassessor Wehlan der Sohn des Ortschulzen Wehlan zu Stoltoß bei Lübbau? Bitte mir diese Frage im Briefkasten unter J. J. 100 zu beantworten.“

Interessant ist die Entrüstung mancher Fragesteller, wenn man ihnen nicht sofort zu Diensten steht, wie die hier abgedruckte offene Postkarte beweist:

„Es ist geradezu eine Schande Ihre klende Summe! Vor mehr als 8 Tagen habe ich gebeten mir durch Briefkasten Chiffre N. G. eine empfehlenswerte Literaturgeschichte zu nennen. Ich möchte wissen, wozu Sie sich für die Antwort soviel Zeit nehmen. Man muß wirklich Mißanthrop werden und an alle m verweisen, wenn man sich die Träger der neuen Ideen etwas näher anschaut. Ich werde nächstens in einer Parteiversammlung diese Summe zur Sprache bringen, besonders wo ich sofortige Antwort extra erbeten hatte.“

Der Herr Fragesteller hält wahrscheinlich die Redakteure des „Vorwärts“ für die speziell zu seinem Dienste engagierten Sekretäre. Wir schämen ihn übrigens glücklich, daß die Nichtbeantwortung seiner Anfrage für ihn der einzige Anlaß ist, Mißanthrop zu werden. Könnten wir das nur auch von uns behaupten! Ein für die Partei wichtiger Gegenstand, eine Parteiversammlung zu unterhalten, als diese weiterschütternde Frage, ist uns glücklicherweise schon lange nicht vorgekommen.

Wir drucken aus einer langen Reihe von Einsendungen bloß diese zwei Postkarten zur Unterhaltung und Belehrung unserer Leser ab und geben den Genossen zu bedenken, daß wir selten einen Tag zu verzeichnen haben, wo nicht weniger als 100 Postsendungen in unserem Bureau abgeliefert werden. Würden wir alles so prompt erledigen, wie es die Einsender wünschen, so würden wir das Blatt schädigen, zu dessen Redaktion wir engagiert sind. So gerne wir gefällig sind, so sind wir doch zu der Erfüllung gezwungen, daß wir eine Verpflichtung, Anfragen zu beantworten, nicht anerkennen.

Ein lustiger Krieg ist in den Spalten der „Berliner Zeitung“ um die Frage entbrannt, ob der „Deutscher freisinniger Arbeiterverein Berlin“ freisinnig oder sozialdemokratisch ist. Der Stadtrath Mielenz sollte in einer Versammlung des Bezirksvereins „Adnigviertel“, dessen Vorsitzender er ist, geäußert haben, der oben genannte Verein sei nicht mehr freisinnig, sondern sozialdemokratisch. Daraufhin ließ der „Deutscher freisinniger Arbeiterverein Berlin“ durch seinen Schriftführer in der „Berliner Zeitung“ bekannt geben, daß gerade der „Freisinniger Arbeiterverein“ es jederzeit als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtet habe, in den Kreisen des Mittel-, Handwerker- und Arbeiterstandes ein immer härteres Schußwoll gegen die sozialdemokratische Strömung zu werden. Der Verein, zu dessen Mitgliedern nicht ein einziger Sozialdemokrat gehöre, habe sich der „Freisinnigen Volkspartei“ angeschlossen und nicht nur in Berlin, sondern auch vielfach in der Provinz gegen die Sozialdemokratie gekämpft. Nun erklärt wieder Herr Mielenz, sozialdemokratisch habe er den Verein nicht genannt, er habe nur „die mitunter eintretende Schärfe des politischen Ausdrucks“ erwähnt. Es handelt sich nämlich darum, daß der Bezirksverein „Adnigviertel“ sich für die sozialpolitischen Vorschläge des Dr. Max Hirsch zum Programm der „Freisinnigen Volkspartei“ entscheiden sollte, wobei man Herrn Mielenz u. A. auf das Beispiel des „Deutscher freisinnigen Arbeitervereins Berlin“ verwiesen hatte, der das Gleiche getan habe. Wir würden uns nicht wundern, wenn Herr Mielenz den genannten Verein doch für sozialdemokratisch hielt. Es entspricht das nur den Gefühlen beider des größten Teils der Bourgeoispolitiker, auch der „Freisinnigen“, die so wenig von dem wahren Wesen der Sozialdemokratie verstehen, daß sie schon in jedem sich radikal gebendenden, aber sonst ganz harmlosen Spielbürger-Verein eine bourgeoisfeindliche Verbindung erblicken. Dieser sogenannte „Arbeiterverein“ ist weiteren Kreisen besonders dadurch bekannt geworden, daß er Ende 1889 oder Anfang 1890 die Stadtverordneten-Versammlung aufgefodert hat, endlich dafür zu sorgen, daß die längst beschlossene Hauskollekte für das Kaiser Friedrich-Denkmal nunmehr in's Werk gesetzt werde.“ (Wortlaut nach dem Protokoll der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 18. Januar 1890.) Eine gleiche Mahnung liegen noch einige andere „freisinnige“ Vereine, z. B. auch der „Verein Waldack“, an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen, bis schließlich der Kaiser durch eine Kabinettsordre erklärte, daß er das Denkmal selber errichten lassen wolle. Diese Angelegenheit möge zur Charakterisierung des „deutscher freisinnigen Arbeitervereins“ dienen. Ob er weiteres geleistet hat, ist uns nicht mehr in Erinnerung. Für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse hat er trotz seines Titels sicherlich nichts getan.

Die „Verrohung der Sitten“ ist eines der Lieblings-themata, mit denen sich die bürgerliche Presse beschäftigt, sobald sie sich nämlich in der angenehmen Lage glaubt, diese Verrohung auf Konto der Sozialdemokratie sehen zu können, daß sie es aber selbst ist, die diese Verrohung in raffiniertester

Weise fördert, — diesen Vorwurf wird sie mit allem Aufwand von sittlicher Entrüstung zurückweisen.

Da sind in den letzten Tagen zwei schauderhafte Verbrechen geschehen im Grunewald und in den Forstanlagen zu Friedrichsfelde. Es ist Pflicht der Presse, darüber zu berichten, damit viele nicht durch ihre Mitwirkung die Täter einwickeln werden können, aber muß es nicht jeder, dessen ästhetisches Gefühl noch nicht in Grund und Boden verdorben ist, wie ein Esel überkommen, wenn die Einzelheiten dieser graufigen Taten in einer Weise geschildert werden, wie selbst einmal nicht in dem Gehirn der Verbrecher sich dargestellt haben möge?

Da sucht man aus diesen Dingen möglichst viel Kapital herauszuschlagen und läßt tagelange Artikel erscheinen mit der in seltenen Letztern gehaltenen Ueberschrift: Zum Morde in der K-straße; man löst den K-, J- und J-Berichterstatter nach-einander aufmarschieren, welche alle dasselbe Thema, nur jedesmal in anderer Tonart variieren; man krümmt und windet sich und läßt sich gerne selbst einige moralische Fußtritte versehen, nur um aus „guter“ oder „besunnter“ Stelle einige Mittheilungen zu erschöpfen, die dann in spaltenlangen Artikeln ver-pappt werden.

Ist aber, zum großen Bedauern dieser Presse, in der Chronik der Verbrechen einmal erfreulicherweise ein Stillstand eingetreten, dann erzählt man seinen Lesern eine „allerliebste Episode“, eine „kleine reizende Anekdote“, in welcher der Verbrecher entweder direkt verherrlicht wird, oder doch mindestens die eheliche Treue als etwas hingestellt wird, von dem man sagen kann: es war einmal — als ein Märchen aus vergangenen Zeiten; und das Verwerfliche und Niederträchtige bei dem Art, die Spalten seines Blattes zu füllen, ist eben der Ton des Scherzes oder der Frivolität, in der diese Dinge erzählt werden; man streift die Grenzen der Gemeinheit und des Eynismus auf's Haar, man prostituiert sich in der schonlosesten Weise, aber das Gift muß in „anmuthiger“ Form verabreicht werden, es wirkt desto sicherer.

Wenn diese Art von Presse nun die „Großmachstellung“, welche sie gerne für sich in Anspruch nehmen möchte, auf solche Weise zu erreichen hofft — nun, jeder eben nach seinem Geschmack und seinen Fähigkeiten, um die wir niemand beneiden; wo aber die Ursache der Verrohung zu suchen ist, ob bei der Presse der Sozialdemokratie mit ihrer „Destraktion“, oder bei der Presse der Bourgeoisie mit ihrer „Staatsverfallenden Tendenz“ — diese Frage zu entscheiden kann nur demjenigen versagt sein, der nicht lesen kann und nicht lesen will.

Wie es im Hirn eines braven Handwerksmeisters anstreift. Der Schlossermeister H. in der Klinkerstraße beschäftigt zwar nur hin und wieder einen Gesellen; dafür aber hat er nach modernem Handwerksbrauch seine Wude mit nicht weniger als sieben sogenannten Lehrlingen angefüllt, die tagtäglich in der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends ausgeübt werden. Der Vater des einen Lehrlings hatte nun den Wunsch, seinen Sohn an Fortbildungsschulunterricht theilnehmen zu lassen, und wurde deshalb beim Lehrherrn vorkellend. Der Frau Meisterin erschien dies Verlangen sehr küßlich, und sie entgegnete dem Vater des Lehrlings schlagfertig: „Na, wenn mein Mann die Zungen alle soll nach der Fortbildungsschule geben lassen, dann kann er ja garnicht mehr verdienen!“ Und der Meister assistierte der Frau Meisterin durch folgende entrüstete Aeußerung: „25 Jahre bin ich Meister, aber bei mir doch noch nicht vorgekommen, daß die Eltern ihre Jungen nach der Fortbildungsschule schicken wollen!“

Man versteht jetzt, warum die Junngsmeister sich mit Händen und Füßen gegen die bekannte sozialdemokratische Forderung wehren, daß der Fortbildungs-Schulunterricht auf die Werkentage und zwar in die Arbeitsstunden verlegt werde. Aus-nutzung der armen Lehrlinge bis aufs Meißerlein, heißt die Parole, für ihre Ausbildung mögen die jungen Leute selber sorgen, wenn sie „ausgelernt“ haben und auf der Landstraße über die drei oder vier Jahre nachdenken, um die sie von ihrem ehrbaren Meister schändlich betrogen worden sind. Und das wagt in einem Albenzuge darüber zu räsonnieren, daß es keine ordentlichen Gesellen mehr gebe.

Gleiches Recht für Alle! Bei den Prozessen, die gegen unsere Genossen „Verleumdung“ verhandelt werden, gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe beantragt, weil nach seiner Ansicht „der Schuldige durch eine Geldstrafe doch nicht getroffen werde, indem die Partei oder Redaktion eine solche Strafe bezahle“, und der Gerichtshof schließt sich oft aus diesen Gründen dem Antrage an. Es ist dieses ja wohl der Ausdruck eines hochgradig entwickelten Gerechtigkeitsempfindens, aber nicht alle Staatsanwälte und Richter scheinen sich dieser Ansicht gleichmäßig erschlossen zu haben, denn im Falle des Primaners Braun, der im Auftrage seiner Eltern das fünfzehnjährige Dienstmädchen Anna Braun mit der Klepperei mißhandelt, beantragte der Staats-anwalt eine Geldstrafe und der Gerichtshof erkannte dem-gemäß.

Ob der Staatsanwalt mit dem Gerichtshofe einmüthig, der junge Mann bezahle diese Summe aus seiner Spardösche, er also, und nicht etwa die Herren Eltern, würden durch die Strafe getroffen, läßt sich aus den Urtheilsgründen nicht ersehen; da wir aber in Deutschland gleiches Recht für alle haben, so erscheint diese Annahme gerechtfertigt und alle Bedenken, die dem beschränkten Verstande dagegen etwa kommen könnten, sind hin-fällig.

Der mutmaßliche Mörder der Helene Schweichel ist am Montag Abend um 8 Uhr, also etwa eine Stunde nach Be-endeigung der gerichtlichen Leichensschau, ergriffen worden. Ein Maurer Gerwich aus Wilmersdorf hatte die Polizei auf die Fährte des Täters geleitet. Er erinnerte sich, daß der 1865 persönlich bekannte Maurer Julius Thiede, der am 21. Mai 1895 in Drumburg geboren ist und in Schöneberg, Sponholzstr. 4, im Keller bei dem Arbeiter Laube'schen Eheleuten in Schlafstube wohnt, am Tage des Mordes in sehr aufgeregtem Zustande an der Schmargendorfer Gasanstalt mit ihm zusammengetroffen sei. Thiede habe ein heftig drohendes Gesicht gehabt, und die in den Zeitungen gegebene Beschreibung passe ziemlich genau auf ihn. Thiede habe bei der Einladung des Prawitz, ihn zu begleiten, ein noch verächtlicheres Aussehen angenommen und sich mit den Worten entfernt: „Ich habe keine Zeit.“ Da aber der Zeuge wußte, daß Thiede seit langer Zeit arbeitslos ist, so fiel ihm die Antwort um so mehr auf. Frau Klebedjon hat nun, wie schon berichtet, angefangen, daß sie den Mann, der sie ver-gewaltigte, wahrscheinlich in einem Finger gebissen habe. Außer-dem hatte der Guttsbesitzer Gerich aus Schmargendorf dieser Tage an jener Stelle, wo das zweite Utentat stattgefunden hat, einen Weßknopf gefunden und als etwaiges Beweismaterial an sich genommen. Diesen beiden Umständen mußte bei den Er-mittelungen des Täters besonders Rechnung getragen werden. Dazu kam noch, daß sich Thiede am Tage nach dem Morde nach Baugen abmelden ließ, sich auch dazu ein Abzugsattest von der Polizeibehörde ausstellen ließ. Endlich ergab sich noch, daß die Persönlichkeit Thiede's den Verdacht der Täterschaft wohl zu-ließ. Als Soldat wurde er in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt, ist aber auch in seinem Zivilleben wegen Diebstahls und Körperverletzung bestraft. Er ist in Schöneberg und Umgegend als ein gemeiner Mensch bekannt, der seine Widersacher bei jeder Gelegenheit bei Polizei und Staatsanwalt-schaft zur Anzeige brachte. So hatte ein Gastwirt J. aus Schöneberg, dem Thiede 30 M. schuldet, unter der Rache schwer zu leiden, nachdem er sich aus dem Lohn des Schuldners bezahlt gemacht hatte. Der Kriminalhauptmann Krause und der Amtsdienster Heinrich aus Wilmersdorf begaben sich auf grund der Verdachtsmomente in die Nähe der Thiede'schen Wohnung, um sich zu vergewissern, ob er dort noch anwesend sei. Gegen

8 Uhr kam er nach Hause, packte seine Habe zusammen und wollte heute Morgen nach Baugen abdampfen. Als die beiden Beamten bei ihm eintraten, sah er an einem Tische, den Kopf in die Hand gestützt, und starrte vor sich hin. Beim Anblick der Beamten sprang er entsetzt auf und rief ihnen zu: „Ich bin es nicht gewesen.“ Lächelnd erwiderte Heinrich: „Sie wissen ja noch garnicht, Thiede, weshalb wir kommen.“ Darauf zuckte er zusammen und wurde sich erst bewußt, daß er sich selbst verrathen hatte. Die Beamten fanden nun eine blutige Manschette, ein blutbesudeltes Vorhemd und ein Taschentuch, aus dem augenscheinlich Blutstöße durch Waschen entfernt waren. Als er diese Beweismittel in den Händen der Beamten sah, rief er aus: „Ach was, das ist ja garnicht meine Wäsche; ich habe die Schwester Helene nicht umgebracht.“ Die hinzugezogene Frau Laube erklärte mit aller Bestimmtheit, daß die Wäsche dem Thiede gehöre. Obgleich Thiede seit der Ent-deckung des Mordes mit einem gelblichen Hute gesehen wurde, ist auch der schwarzbraune bei ihm gefunden, den er bei der That getragen haben muß. Thiede wurde nun verhaftet, nach dem Amts-bureau gebracht und in Ketten gelegt. Als der Gen-darm Möddinger, der um den entdeckten Weßknopf wußte, von der Verhaftung hörte, begab er sich heut zu dem festgenommenen und stellte fest, daß der Knopf zu den übrigen paßt und an der Weste fehlt. Auch ein zweiter hing nur noch lose an dem Kleidungsstück. Dann wurde die Hand in Bezug auf das Vor-handensein einer Wundwunde untersucht, und es ergab sich die-überraschende Thatsache, daß am rechten Mittelfinger zwei augenscheinlich von Zähnen herrührende Wunden vorhanden sind. Ferner hat die überfallene Frau Klebedjon den Täter in Thiede mit aller Bestimmtheit wieder erkannt. Er leugnet aber trotz der erdrückenden Beweise beide Thaten. Thiede ist ver-heirathet, lebt aber seit langer Zeit von Frau und Kind getrennt. Letztere halten sich in Drumburg auf. Thiede ist ein Mann von mittlerem, kräftigem Körperbau mit auffallend starkem rothblonden Schnurrbart und Stoppelbart. Das Haar hing, während er mit kreuzweis übereinander geschlossenen Armen an der Wand des Vernehmungszimmers stand, ungeordnet vom Kopf herunter. Sein Blick ist unsäht und verräth große Angst. Trotz-dem sind seine Antworten kurz und sehr. Sein Ausrufen macht durchaus nicht den Eindruck eines geistesgestörten Menschen.

Julius Thiede wurde noch heute Vormittag nach Berlin übergeführt. Er hat sich bereits zu dem Gefängniß begeben, daß er die Frau Klebedjon überfallen und vergewaltigt habe, be-streitet aber noch den Mord an Helene Schweichel. Er will am 13. d. M., dem Tage des Mordes, bis kurz vor 1 Uhr Nach-mittag in Gemeinschaft mit einem anderen Maurer auf der Suche nach Arbeit gewesen sein. Er will auch nicht diejenige Person sein, die in den Tagen vor Verübung des Utentats an verschiedenen Orten gebettelt und die den Bettler abweisenden Leute bedroht hat. Die Kriminalpolizei hegt aber nicht den ge-ringsten Zweifel, daß sie den wirklichen Mörder der Helene Schweichel vor sich hat.

Zur Ueberführung Thiede's als des Mörders der Helene Schweichel ist inzwischen noch umfangreiches Beweismaterial gesammelt worden. Als der Verbrecher auf dem Korridor des Rathhauses in Wilmersdorf die Zeugin Wächtemann sah, äußerte er: „Die Frau kenne ich, die habe ich in Halessee gesehen.“ Nun steht aber fest, daß Frau Wächtemann in Halessee nicht gewesen ist, sich vielmehr nur bei der Mordstelle aufgehalten hat. Diese Zeugin hat denn auch Thiede auf den Kopf zugehört: „Sie sind es gewesen, der auf der ermordeten Schwester gekniet hat.“ Ebenso hat die unverehelichte Helene Uhl, die auf einem Spargel-beet in Schmargendorf arbeitete, in Thiede den Mann erkannt, der nach dem Morde an ihr vorbeigelaufen ist. Der Mörder ist unter dem Publikum gewesen, das die hingeschlachtete Schwester besichtigte, hat aber nach Angabe des schon früher genannten Maurers Prawitz den Blick von seinem Opfer abgewandt.

Am Morde im Grunewald. Der beschäftigte Lokal-termin und die darauf folgende Konfrontation mit der Leiche der Helene Schweichel, welcher für heute Mittag in Aussicht ge-nommen war, mußte im letzten Augenblicke ausgesetzt werden, weil die Staatsanwaltschaft am Landgericht II in dem Augen-blick, als die Gerichtskommission abfahren wollte, die Nachricht erhielt, daß auf Anordnung der Kriminalpolizei der verhaftete Verbrecher bereits in der zwölften Stunde nach dem Berliner Polizeipräsidium überführt worden war. Dafür war für Nach-mittag ein neuer Lokaltermin angelegt worden. Die Staats-anwaltschaft hatte ihr Erscheinen mit dem Untersuchungsrichter angeordnet, und da auch der Verbrecher mitgebracht werden sollte, so waren vorflichtshalber verschiedene Beamte nach dem Thatorie beordert worden.

So geheim die Sache gehalten werden sollte, so hatten sich doch hunderte von männlichen und weiblichen Personen am Thatorie versammelt. Equipagen fuhrten ab und zu, zum Theil hundentlang haltend. Die Geduld des Publikums wurde auf eine harte Probe gestellt, doch gab es genügend Zeitvertreib. Zwei Hauptzeugen, der Maurer Prawitz (nicht Prawitz), der die Kriminalpolizei zuerst auf die Spur des Thiede geleitet hatte und die Frau Klebedjon, die vom Täter vergewaltigt worden ist, waren auf Anordnung der Staatsanwaltschaft an den Thatorie beordert worden. Prawitz erzählte nun mit berechtigtem Stolz, jedem der es hören wollte, daß er den Mörder entdeckt habe. Wiederholt und zuletzt im Herbst habe er mit Thiede zusammen-gearbeitet. Auf den Bauten habe man denselben stets „Paul“ gerufen, er habe gar nicht gewußt, daß der richtige Vorname Julius sei. Das Benehmen des Täters am Thatorie bei seiner Begegnung mit dem Täter sei ihm zwar außerordentlich aufgefallen, auch die oberflächliche Beschreibung des Täters in den Zeitungen am Sonnabend Abend und Sonntag früh, die auf Thiede paßte, habe ihn strap-pirt, doch erst am Sonntag beim Mittagessen sei ihm der Ge-danke gekommen, daß er von seiner Beobachtung Meldung machen sollte. Das habe er dann sofort ausgeführt und den Amts-Wachmeister Schmidt benachrichtigt.

Frau Klebedjon war bald vom Publikum umringt, für letzteres war sie zunächst die interessanteste Person am Thatorie. Weniger freiwillig wie Prawitz gab sie dem wiederholten Drängen nach und erzählte ihre Leidensgeschichte, hinzufügend, daß sie zuletzt den Widerstand habe aufgeben müssen, weil ihr sonst der Mann den Hals abgeschnitten hätte, womit er ihr drohte.

Um 6 Uhr war die Gerichtskommission noch nicht erschienen und da keine Aussicht mehr vorhanden zu sein schien, daß dieselbe noch kommen werde, fuhrten die Equipagen wieder ab und die Menge verließ sich zum Theil.

Der Bruder der Ermordeten wollte Nachmittags 4 Uhr die Leiche der Ermordeten aus dem Schmargendorfer Spritzenhause abholen, doch wurde dieselbe doch nicht freigegeben. Es wird noch auf eine spezielle Verfügung der Staatsanwaltschaft ge-wartet, da eine Konfrontation des Täters noch immer zu er-warten ist.

Der Mörder, der, wie bereits gemeldet ist, aus Drumburg stammt und dort Frau und Kind besitzt, scheint eine überaus gute und anständige Frau zu haben. Aus Briefen derselben, die bei dem Verbrecher gefunden wurden, geht hervor, daß sie ihren Mann stets ermahnte, fleißig und brav zu sein, sich nicht ver-fahren zu lassen u., Wohnungen, die zwar wohl angebracht waren, da Thiede vielfach verbeistraf ist und sich nach Ausweis seiner Militärpapiere in der 2. Klasse des Soldatenstandes be-findet, die er aber herzlich wenig beachtet hat.

Ueber die Ergreifung erfahren wir noch folgendes: Nachdem Wachmeister Schmidt durch Prawitz benachrichtigt worden war, suchte er den Thiede am Montag früh in der Schlafstube bei den Laube'schen Eheleuten in der Sponholzstraße, die zu Schöneberg gehört, auf. Da er denselben nicht antraf, ließ er das Haus durch Amtsdienster bewachen und machte im Laufe des Tages auch dem Kriminalkommissar Müller Mittheilung. Abends um 1/2 10 Uhr erfolgte sodann die Verhaftung durch den Amtsdienster

Heinrich und den Schuhmann Krause. Noch ehe die Beamten von dem Morde auch nur ein Wort gesprochen, tief er, er habe den Mord nicht begangen.

Den Frau Klebedon hat er in Wilmerdorf energisch bestritten, auf dem Polizeipräsidium aber zugeben, als ihm die Frau zum zweiten Male gegenüber gestellt wurde und auch der am Plage des Ueberfallenen gefundene Knopf an seinem Rock angepaßt wurde.

Von einem weiteren Ueberfall im Grunewald wird heute berichtet: Eine Frau aus Charlottenburg suchte Moos in der Nähe des Teufelsees, wo sich die Charlottenburger Wasserwerke befinden, als sie plötzlich von zwei Männern in unsittlicher Weise angegriffen und sogar mit einer Pistole bedroht wurde. Die Frau setzte den Unholden kräftigen Widerstand entgegen, so daß es ihr gelang, sich die Kerle vom Leibe zu halten. Ein glücklicher Zufall führte gerade einen patrouillierenden Gendarm in die Nähe, den die fast zu Tode geängstigte Frau um Hilfe anrief. Der Beamte machte sich sofort an die Verfolgung der beiden Verbrecher, die er noch am Teufelsee erreichte und festnahm. Es sind zwei stellenlose Kaufleute, von denen einer aus Berlin, der andere aus Charlottenburg stammt. Sie hatten sich schon längere Zeit vagabondierend im Grunewald herumgetrieben.

Vom „Entbehrungslohn“. Wie leicht unter Umständen Geld an Grundstücken verdient werden kann, zeigt folgender Fall. Das am 31. März zweifach auseinandergelagerte Grundstück im Königsgraben 15-16, welches einen Flächeninhalt von ca. 2000 Quadratmeter hat, wurde von dem Bankier Hermann Truhm im Auftrage zweier Miterben für den Preis von 314 000 M. erstanden. Am 7. April erfolgte der Zuschlag. Schon am nächsten Tage konnten die jetzigen Besitzer von einer Gesellschaft 600 000 M. für das Grundstück erhalten, sie wollen aber dasselbe für diesen Preis nicht verkaufen, sondern warten noch höhere Gebote ab.

Der Siger des Schlepddampfers „Greif“, Herr Seiger, ist während der Fahrt auf der Havel schwer zu Schaden gekommen. Beim Anknüpfen eines Lastkabels an den Dampfer gerieth er mit einem Bein in eine Schleiße des schnell sich abrollenden Drahtseils, das im Weiterrollen das umschlungene Bein unter dem Anis buchstäblich abgerissen hat.

Untersuchung im Mute. Dem soeben erschienenen Berichte der Rechnungscommission des Abgeordnetenhauses, welchen der Abg. Sattler erstattet hat, entnehmen wir nachstehende interessante Mittheilungen: Der frühere Domänenpächter Koch in Berlin hat in seiner Eigenschaft als Rentant der Kasse des Domänen-Rentamts Berlin und der mit demselben vereinigten Kassen der Berliner Thiergarten-Verwaltung und des Domänen-Schadensfonds nach den stattgehabten Ermittlungen die Summe von 18 261,62 M. unterzogen, von welcher nur 4088,91 M. durch Erlös aus dem Verkauf des Koch'schen Nachlasses bedeckt gefunden haben. Es entfällt also auf die vorhin genannten vereinigten Kassen noch ein Fehlbetrag von 14 222,61 M., der als Staatsverschuldung in dem Bericht Aufnahme gefunden hat. Zur Entdeckung der Unterschlagungen des Koch hat eine am 18. Mai 1892 stattgehabte Revision geführt, bei welcher sich zunächst ein Defizit von 10 000 Mark in Reichsbanknoten herausstellte. Zwei Tage vor der Revision machte Koch einen Selbstmordversuch, dem er am zweiten Tage darauf erlegen ist. Das Motiv des Koch zu seiner That weiß der Bericht nicht anzugeben.

Woll sie in hochpatriotischen Stücken münden, waren bekannlich vor einiger Zeit aus der Realschule II in der Westendburgerstraße elf Schüler ausgewiesen worden. Die Eltern, welche schon damals nicht begreifen konnten, daß Können ein Verbrechen sei, haben jetzt, wie gemeldet wird, die Genehmigung erhalten, daß die Verweisung ihrer Herren Söhne von der Anstalt rückgängig gemacht worden ist. Ob ein solcher Beschluß, der unsere Bräuterei die Autorität der Lehrer über die Schüler nicht besonders fördern dürfte, auch gefaßt worden wäre, wenn es sich um gewöhnliche Gemeindeglieder gehandelt hätte? Eine Genehmigung wäre aus dem Grunde schon in diesem Fall ein eigenes Ding gewesen, weil bis jetzt noch kein Mittel gefunden worden ist, um prägelpädagogische Stöckel, die in der Volksschule die Stelle der Relegation einnehmen, rückgängig zu machen.

Als Leiche aufgefunden wurde im Walde bei Zehlendorf der Sekretär der Staatsschuldenverwaltung Hude. Derselbe wurde bekannlich seit dem 27. v. M. vermißt: er hatte sich mit der schriftlich ausgeprochenen Absicht, aus dem Leben zu scheiden, von seinen Angehörigen entfernt. Ein Förster fand jetzt, wie die „Potsdamer Zeitung“ meldet, im Gebüsch die bereits sehr entstellte Leiche. Der Unglückliche hatte sich, bevor er die unglückselige That ausführte, auf die Erde gelegt, sich mit seinem Paletot zugedeckt und dann den Revolver gegen seine Brust gerichtet. Die Leiche wurde von Zehlendorf nach Berlin übergeführt.

Vollzeibericht. Am 16. d. M. wurde der 26 Jahre alte Maurer Thiede in Schöneberg verhaftet unter dem Verdachte, am 13. d. M. in Schwanenbühl die Krankenwärterin Salome Schmeichel ermordet und der Frau Klebedon Gewalt angethan zu haben. Das letztere Verbrechen hat er bereits eingestanden, den Mord leugnet er. — Am 16. d. Mts. Morgens stürzte sich eine Frau aus dem dritten Stock des Hauses Briegerstraße Nr. 40 auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Im Landwehrkanal, unterhalb der Freiarde, wurde die Leiche eines etwa 35jährigen Mannes angeschwemmt. — In der Bernauerstraße, am Nordbahnhofe, fiel Vormittags ein Kutscher von seinem Arbeitswagen, gerieth unter die Räder und wurde an der Hand schwer verletzt. — An der Ecke der Neuen Hof- und Wallstraße wurde Mittags ein 45jähriger Knabe durch eine Trolche überfahren und an beiden Beinen nicht unerheblich verletzt. — Nachmittags fand in einer Bäckerei in der Reuensstraße eine Schlägerei zwischen zwei Gesellen statt, wobei einer derselben durch einen Messerhieb am Arme erheblich verletzt wurde. — In einem Hotel wurde ein Kaufmann in seinem Zimmer todt aufgefunden. Er hat sich anscheinend mittelst Blausäure vergiftet. — Vor dem Hause Blücherstr. 38 rollte ein ohne Aufsicht stehender Kinderwagen mit einem drei Monate alten Kinde den abschüssigen Bürgersteig hinab und gerieth auf den Fahrdamm. Das Pferd eines gerade vorüberfahrenden Geschäftswagens stieß den Wagen um und verletzte das Kind durch Hustritte so schwer, daß dasselbe bald darauf starb. — Eine Frau wurde Nachmittags in ihrer Wohnung in der Schönhauser Allee erhängt vorgefunden. — Abends versuchte eine Frau in ihrer Wohnung in der Bernauerstraße sich mittelst Mians zu vergiften. — An der Thomaskirche sprang ein Mädchen in den Luisenstädtischen Kanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen. — Im Laufe des Tages fanden zwei Brände statt.

Gerichts-Beitrag

Sollte man es für möglich halten? Der Cypsel in der traurigen Serie der Majestätsbeleidigungsanlagen dürfte wohl bis jetzt in dem am Dienstag verhandelten Fall erreicht sein, in dem eine achtundsechzigjährige Matrone, Frau Winkler, sich wegen dieses „Vergehens“ vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Sie ist von einer andern Frau, in deren Behausung sie hin und wieder zum Klatschen erschien, zur Anzeige gebracht worden. Sie soll eines Tages erzählt haben, sie habe die Kaiserin mit den jüngsten Prinzen und der Amme in einem Wagen fahren gesehen und sie soll dann bei dieser Gelegenheit unpassende Bemerkungen über das Aussehen der kaiserlichen Kinder gemacht haben. Diese Bemerkungen sollten nun nach der Anklageschrift eine Majestätsbeleidigung bedeuten. Die Angeklagte bestritt diese Beschuldigung, die übrigens noch durch zwei angebliche Ohrenzeugen bestätigt wurde, mit großer Lebhaftigkeit. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis! Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Er hielt die von Widersprüchen nicht freien Aussagen der Belastungszeugen nicht für ganz glaubwürdig und war außerdem auf Grund eines Gutachtens des Gerichtshofes Dr. Straßmann der Ansicht, daß die alte Frau nicht mehr ganz geistig klar sei.

Somit ist Deutschland von dem Ruch befreit geblieben, eine achtundsechzigjährige Greisin wegen einer Handlung im Gefängnis wandern zu sehen, von der andere Völker überhaupt nicht wissen, wie es nur möglich ist, wegen derselben mit schwerer Strafe belegt zu werden.

Hud noch eine Majestätsbeleidigung! Ein eigentümlicher Beweggrund hatte die Majestätsbeleidigung veranlaßt, wegen der sich gestern der Schneider Kernen vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. An einem Dezember-Abende des vorigen Jahres trat der Angeklagte plötzlich an einen Wächter heran und stieß mit Bezug auf den Kaiser eine unsittliche Bemerkung aus. Der Wächter, dem der Angeklagte sonst als ein anständiger Mensch bekannt war, glaubte seinen Ohren nicht zu trauen. Kernen wiederholte die Äußerung aber in erregter Weise, er wisse auch, daß es eine Majestätsbeleidigung sei und verlange, daß er deshalb eingezogen werde. Es sei ihm gleich, wenn er deshalb 15 Jahre Zuchthaus bekäme. Der Wächter mußte seinem Verlangen, ihn zur Wache zu bringen, Folge leisten. Auf der Wache führte der Angeklagte denselben Ausruf aus. Im Termine erklärte er, daß er sein Verbrechen aufrichtig bereue. Er sei „mit Lust Soldat gewesen und ein aufrichtiger Verehrer seines Landesherren!“ In jenem Abend habe er sich mit seinem Eltern gezankt und um ihnen ein Verzeihung anzubringen, habe er einen Grund gesucht, um seine Verhaltung zu bewirken. Da sei er denn auf die unglückliche Idee gekommen, eine Majestätsbeleidigung auszusprechen. Der Vorsitzende stellte aus den Akten fest, daß die Angaben des Angeklagten auf Wahrheit beruhten. Der Staatsanwalt hielt diese Art, eine Verhaftung herbeizuführen für so frivol, daß er gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren beantragte. Der Gerichtshof hielt es bei einer Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Eine gehörige Strafvorladung wurde vorgestern dem Schlichter Hugo Menzel seitens des Vorsitzenden der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu Theil. Menzel war der jahrlässigen Körperverletzung angeklagt. Am Abende des 15. Dezember v. J. kam Menzel im scharfen Trabe von Potsdamer Thor her und bog in die Königgräberstraße ein. An der Haltestelle beim Palais-Hotel hielt ein Pferdebestand und durch die Ein- und Aussteigenden entstand dort ein ziemlich lebhafter Personenverkehr. Der Angeklagte rief das Publikum zwar an, mätierte die Gangart des Pferdes aber keineswegs. Die gefährdeten Personen rittelten sich durch Seiten- und Sprünge, nur ein 14jähriges taubstummes Mädchen, welches den Anruf natürlich nicht gehört hatte, wurde von dem Scheerbaum des Schlichterwagens gefaßt und zu Boden geschleudert. Sie erlitt zum Glück nur eine leichte Verletzung. Der Angeklagte erklärte in dreier Weise, daß er doch rechtzeitig angerufen und dadurch seine Schuldigkeit gethan habe. Der Vorsitzende erwiderte ihm darauf, daß der erfolgte Anruf ihm keineswegs das Recht gebe, Leute zu überfahren. Man müsse doch mit der Möglichkeit rechnen, daß sich auf der Straße auch taube oder schwerhörige Personen befinden, wie der vorliegende Fall beweise. An verletzten Stellen Berlins höre man häufig gleichzeitig drei bis vier „He! Rufe“ und die Berliner Kutscher schienen der Ansicht zu sein, daß sie durch den Anruf von jeder Verantwortung entbunden wären. Dieser Ansicht müsse durch empfindliche Strafen entgegengetreten werden.

Das Urtheil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Woche Gefängnis.

Megen Kindesaussetzung stand vorgestern die erst 16jährige uneheliche Martha Vacher vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Es war die alte Geschichte, die von der Angeklagten thranenden Augen dem Gerichtshofe vorgetragen wurde. Nachdem sie Mutter geworden, sei sie in die denkbar unglücklichste Lage gerathen. Niemand habe sich ihrer angenommen, vollständig mittellos habe sie dagestanden und nicht gewußt, wo sie für ihr Kind ein Unterkommen finden solle. Da sei sie denn auf die verwerfliche Idee gekommen, das Schicksal des Kindes einem günstigen Zufalle anheimzustellen. An einem Dezember-Abende habe sie ihr damals 10 Tage altes Kind in ein Haus in der Fruchtstraße getragen, welches sie kurz vor 10 Uhr noch geöffnet fand. Sie sei mehrere Treppen hinaufgegangen und habe dort das Kind vor einer Thür niedergelegt. Dann habe sie sich schnell entfernt. Ein im Hause wohnender Schutzmann fand das Kind und sorgte für dessen Unterbringung. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß die Angeklagte ihr Kind in hilfloser Lage verlassen habe. Das Urtheil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Leipzig, 17. April. In dem Beleidigungsprozeß Bauer-Wesendonck erkannte das Schöffengericht gegen Wesendonck auf 1 Monat Gefängnis, gegen Bauer auf 200 M. und gegen Schoepfel auf 50 M. Geldstrafe.

Versammlungen.

Eine öffentliche Volksversammlung, welche zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule am Montag, den 16. April, im Lokale „Sausouci“ abgehalten wurde, hörte mit lebhaftem Interesse einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Auer über das Thema: „Macht Bildung wirklich frei?“ — Der

Redner schied voraus, daß die Wahl gerade dieses Themas keinesfalls einen verlegenden oder provokatorischen Beigeschmack haben solle, vielleicht werde aber die Legende, die sich bezüglich seiner Stellung zur Arbeiter-Bildungsschule gebildet habe, durch den Vortrag etwas zerstückt.

Das Auftreten der Partei, der Sozialdemokratie, bedeutet schon im gewissen Sinne einen scharfen Protest gegen das elende Schlagwort des bürgerlichen Liberalismus: „Bildung macht frei!“ Die Folgen dieses Satzes, der blinde Glaube an die Bildung, die Ueberziehung derselben fordern eine solche Stellungnahme geradezu heraus. Der Bildungsdusel, wie er von den liberalen Volksefreunden der sechziger Jahre systematisch bei den Arbeitern gepflegt wurde, das Abfüttern mit hohlen Phrasen, daß die Arbeiter, falls sie nur „Verneiner“ und „Fleiß“ im genügenden Maße zeigen, alles erreichen könnten, dieser „Bildungsspielerei“ gegenüber die Arbeiter auf den Brennpunkt ihrer Interessen, die Erkenntnis ihrer Klassenlage zuerst hingewiesen zu haben, ist das Verdienst Ferdinand Lassalle's. Welcher Art waren die Vorträge, welche Arbeitern vor 30 Jahren in den Bezirksvereinen und ähnlichen Pflanzstätten der „Bildung“ von grundgelehrten Deuten gehalten wurden? In tiefsinniger Weise wurde auseinandergesetzt, wie lange man an einer Million Zündhölzer hat, falls jeden Tag so und so viel verbraucht werden, wie viele Menschen pro Minute auf der Erde das Zeitliche segnen oder geboren werden; oder wie viel Geld ein Berliner Weibspilzler innerhalb eines gewissen Zeitraumes sparen kann, wenn er täglich eine große Weisse weniger konsumirt u. s. w. Dazu kamen gelegentlich Vorträge aus dem Gebiete der Astronomie oder aus ähnlichen Fächern. Daß dieses geistige Futter den intelligenten Arbeitern für die Dauer selbst unentzählich wurde, läßt sich daran erkennen, daß man sich an den Ausschuss des Nationalvereins, den Hort der damaligen bürgerlichen Freiheit wandte und das Ansuchen an die Leiter desselben stellte, in Konsequenz ihrer Anschauung die Arbeiter in den Nationalvereinen aufzunehmen, d. h. zur politischen Betheiligung zuzulassen. Die Herren lehnten dies bekannlich mit dem Hinweis ab, daß die Politik nicht für die Arbeiter sei und verlegneten ohne Scheu und Scham zum ersten Mal öffentlich ihre Grundzüge. Damit war der erste Schritt zur Trennung der Arbeiter von den Liberalen gethan; hier setzte Lassalle mit seiner erfolgreichen Agitation ein. Das Klassenbewußtsein in den Massen zu wecken ist und bleibt auch heute unsere vornehmste Aufgabe. Wer da glaubt, daß nur Bildung die Welt erobert, daß das höhere Maß von Einsicht die Erlangung der Macht bedingt, täuscht sich gewaltig. Den armen Fischern, den Nachfolgern des Zimmermannsöhnes aus Nazareth, waren die Schriftgelehrten und Pharisäer an Wissen hundertfach überlegen. — Bedingt heute die Bildung auch nur im geringsten Maße die Freiheit? Keineswegs! Die Angehörigen der sogenannten liberalen Berufe, die Staatsbeamten, sie Alle sind vermöge ihrer ökonomischen Abhängigkeit in vielen Fällen noch weniger „frei“ als ein gewöhnlicher Arbeiter, trotzdem sie, um mit Lassalle zu reden, mit der Bildung ihres Jahrhunderts bewaffnet sind. In Frankreich kommt fast mit jedem neuen Präsidenten ein neues System aus Auler (von näher liegenden Beispielen abzusehen), und die hoch gebildeten Staatsbeamten müssen ihre Ueberzeugungen wechseln ebenso wie ihre Hemden. (Beifall.) Man denke an Hanemann, Bleichröder und Konsorten, sind diese nicht, wie die neueste Geschichte beweist, viel mehr „frei“ als beliebige andere, viel mehr „gebildete“ Menschen? Die wirtschaftliche Macht der Besitz, das ist der springende Punkt, wie dieses ja auch schon im kommunistischen Manifest zum Ausdruck gebracht ist. Eine andere Art der Freiheit ist die Freiheit der Bedürfnislosigkeit, die in Diogenes ihren klassischen Vertreter gefunden hat. Abgesehen davon, daß immer nur einzelne Wenige sich zu dieser Auffassung des Daseins, die in vielen Fällen erst nach einer Ueberlebung an Gefassen aller Art sich einstellt, emporingen, ist im Interesse der Kulturentwicklung diese Art der Freiheit niemals als Fortschritt zu betrachten. Die Voraussetzung für wirkliche Bildung ist die soziale Unabhängigkeit. Das Streben nach Bildung muß verknüpft sein mit dem Streben nach Verbesserung der sozialen Lage. Wenn es selbst gelänge, alle Arbeiter zu Gelehrten zu machen, würde diese Thatsache an sich kein Jota an der heutigen Ordnung der Dinge ändern. Die Förderung des Klassenbewußtseins ist vor allem nöthig. Die Produktionsform ist der Unterbau, das Fundament der Gesellschaft, das andere ist nur der Ueberbau; die Masse soll zunächst als Klasse empfunden — das übrige findet sich. Alles Wissen bringt uns nicht ans Ziel, wenn es nicht gelingt, die Masse zu organisiren. Der Einzelne soll jederzeit jede Gelegenheit benutzen, sich zu bilden, und dazu ist das Institut der Arbeiter-Bildungsschule geschaffen, aber vor allem ist nicht zu vergessen, daß die Schule nicht Selbstzweck sondern Mittel ist. (Anhaltender Beifall.)

In der Diskussion traten wesentliche prinzipielle Abweichungen von der Ansicht des Referenten nicht hervor. Der Vorsitzende Platon bemerkte: Daß Genosse Auer kein Gegner der Schule sei, geht daraus hervor, daß derselbe bereitwillig zu gunsten derselben gesprochen habe. Seitdem der Elementarunterricht gefallen sei und die Schule auch sonst streng im Geiste der Partei gehalten werde, dürfe man erwarten, daß ihr die Unterstützung der Berliner Genossen nicht fehle. Genosse Köhler betont, daß noch viel mehr Nachdruck als bisher auf die Bekämpfung der bildungsfeindlichen Elemente als bisher gelegt werden müsse. Dem tritt Genosse Wagner mit dem Hinweis entgegen, daß es nicht Aufgabe eines derartigen Instituts sein könne, die mangelhafte Elementarbildung der Arbeiterklasse, für die die Gesellschaft verantwortlich sei, zu ergänzen; die dort gewonnenen Kenntnisse sollen ausschließlich zum Nutzen der Partei verwendet werden. Nachdem noch Genosse Jahn gesprochen, verwarf sich der Referent in seinem Schlusswort zunächst energisch dagegen, als ob er (Redner) kein Freund eines Instituts sei, welches den Arbeiter mit geistigem Nahrungsmittel versorge. Wichtig sei, daß seiner nächstern Auffassung die — Schwärmeret, wie sie vor Jahren theilweise bezüglich des Erfolges einer derartigen Einrichtung, die immer nur mit beschränkten Mitteln in einem beschränkten Kreise arbeiten könne, bei manchen Genossen, die heute aber auch schon anders darüber denken, geübt worden sei, widerstrebt habe. Diesem berechtigten Skeptizismus habe er Ausdruck verliehen. Die Berliner Sozialdemokratie könne sich einen derartigen Bildungsverein, wie er sich in der Arbeiter-Bildungsschule darstellt, sehr wohl leisten; darum möge der Arbeiter, der Muth hierzu findet, eifrig bestrebt sein, Aufklärung und Belehrung sich anzueignen.

Weissensee. Die Möbelpolier hielten hier am 8. April eine Versammlung ab. Von einem Vortrag nahm die Versammlung Abstand und erledigte sofort die Wahl des Vertrauensmannes. Mit diesem Amt wurde der Kollege Pohle und als Stellvertreter Kollege Wall betraut.

Größte Damen- u. Mädchen-Mäntel-Fabrik des Südoostens.
1. Geschäft: **Oranienstrasse 29, Siegfried Lazarus.**
Ecke Adalbertstrasse.
2. Geschäft: **Dresdenerstr. 135, am Kottbusser Thor.**
Grösste Auswahl in allen Neuheiten.
Regenmäntel in besten Stoffen von 7-10, 15, 25 Mk. Regenmäntel mit abnehmbaren Kragen 10, 12, 14-30 Mk. Promonaden-Mäntel von 12, 15-36 Mk. Schwarze Jaquets. Schwarze Capes, Kragen, schwarz und farbig 6, 8, 10, 20-25 Mk. Helle Jaquets von 5 Mk. an. Mädchennäntel von 2 Mk. an. Außerordentlich billige Preise.

Gesangverein „Männerchor St. Urban“ (Mitglied des H. E. B.)

Sonntag, den 22. April 1894:

Große humoristische Soirée

im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstraße 4a.
Pufföffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Billets vorher 30 Pf.
Zur Aufführung kommen u. a.: „Der Geisterspuk um Mitternacht“,
„Eine Sängerfahrt nach dem Grunewald“.

Allen Anwesenden einen gemütlichen Abend versprechend, ladet zu regem Besuch ein
(447/20*)
Der Vorstand.

Einladung zur Generalversammlung.

Die Mitglieder des „Berliner Spar- und Bau-Vereins“ (eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung) werden hierdurch auf Grund des § 26 des Statuts für Sonntag, den 29. April ev., Form. 10 Uhr, nach dem Saale des Vereinshauses, Sophienstr. 15, zur zweiten **ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tages-Ordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Antrag des Vorstandes auf Veränderung der §§ 8 und 19 des Statuts. Neuwahlen zum Aufsichtsrat. — Die Bilanz ist täglich in der Geschäftsstelle Chorinerstr. 11 in den Stunden von 3—6 Uhr einzusehen.

Berlin, den 12. April 1894.

Der Vorstand: Robert Lange. Heinrich Freese.

Achtung! Große öffentliche Versammlung

Uhrmacher und verw. Berufsgenossen

am Donnerstag, den 19. April, Abends präz. 9 Uhr,
im oberen Saale von Volz, Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. med. Wurm über: „Die Erhaltung der Sehkraft“ (mit Experimenten). 2. Stellungnahme zum internationalen Kongress der Uhrmacher, Goldarbeiter, Graveure, Diamantschleifer etc. in Hannover. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 5. Bericht des Gewerbegerichts-Beisitzers. In Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Keiner darf fehlen!
473/4 Der Vertrauensmann der Berliner Uhrmacher.

Ausstellung Italien

in Berlin

Mai—October 1894

auf dem Terrain der West-Eisbahn
(Stadtbahn-Station Zoologischer Garten).

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. v. l., gegenüber Andreaspl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldtshain
größtes Lager Berlins. Muster-Kinderwagen, Bücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlt ich Jedem, der mir nachweist, daß er nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Aus Drenckhan's Milchsuppen-Pulver, enthaltend nur Milch in Pulverform in Verbindung mit Grieß, Maispulver und Vanille, Hofermehl, Kakao nebst Zucker und Gewürzen, fertig zum Gebrauch, bereitet man sich in einer Minute
7162R

Für 3 Pfennige

einen Teller der schmackhaftesten und kräftigsten
Milchsuppe.

Drenckhan's Milch-Kakao à M. 1.60 und 2 M. per Pfund ist hinsichtlich Nährwerth und Verdaulichkeit das beste Kakao-Präparat der Welt. Drenckhan's entölt Kakao, garantiert rein, 2 M. 50 Pf. per Pfund. Vorräthig in allen Detailgeschäften in Packeten von 10 Pf. an.

Drenckhan's Milchpulver-Fabrik.

Carl Ehrhorn, Harburg a. G.

Seidenstoffe.

Abverkauf

wegen Auflösung des Fabrik-Lagers bis zu 50 pCt. unter Preis. Grant- und Gesellschaftsroben in schwarz, weiß u. farbig, reinseid. Mercurillene Nr. 1,75 in schwarz und reichem Farben-Sortiment. Reinseid. Damaste Nr. 2,25, Velvet 0,80, Velours 1,25, Seidensammet 1,75 M., ganzseid. Moirés Nr. 3 M., seid. Foulards Nr. 1 M. im großen Sortiment.

Seidenreste. Roben in knappen Maßen halber Preis.
Fabrik: Lindenstraße 53, 1 Et., gegenüber Schützenstraße.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123.

Frischen Maitrank,

sehr wohlschmeckend, à Flasche inkl. 70 Pfg., 10 Flaschen inkl. M. 6.—, Johannisbeerwein, weiß und roth, à Flasche 60 Pfg., 10 Flaschen M. 5,50.
678M Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Allianceplatz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren. Große Auswahl in Rappbaum und Mahagoni, empfiehlt zu billigen Preisen
5744B*
Franz Kernien, Tischlermeister, Seydelstr. 8.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Neuheiten [6017L*]
für die Frühjahrs- u. Sommerfaison in
Kleiderstoffen.
Reichhaltige Sortimente im neuesten Geschmack.
Fertige Kostüme, Kostümröcke u. Gloufen.
Die schönsten Kinderkleider
für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröcke.
Unterwäsche und Schürzen in größter Auswahl vorräthig, ev. Maßanfertigung schnell!
Reste u. einzelnes Roben spottbillig!
BERLIN N. CHAUSSEESTR. 14.

Boltz' Festsäle, vormals G. Feuerstein Amt I. Nr. 1082.
Säle zu Festlich. u. Versammlungen Sommergarten zu Vergnüg. kostenlos.
Für d. Sommermonate empf. meinen Kaffeekekue, auch Sonnt. Sonnabend, 28. und Sonntag, 29. d. M., noch Säle frei zu Verf. u. f. w.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

66. Resterhandlung. 66. Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am diesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

37 Als anerkannt reelle und billige Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für:
Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Musik-Instrumente.
Alle Bläs-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt
Aug. Kessler, Kanthierstr. 51.

Roh-Tabak
Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45.

Nur Güte mit Arbeiter-Kontroll-Markle führt Genosse
O. Gerholdt
Dresdenerstr. 2 (am Kottbuser Platz).

Dann's Spezial-**Trauer-Magazin**
Neanderstraße 38
empfiehlt sämmtliche Artikel zur Trauer. Bitte genau auf Firma zu achten.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Wodka) wieder vorräthig.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Genth-Strasse 2.

Am Donnerstag, den 18. April, erscheint die

Neueste Auflage der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich.

Preis geb. 1 Mk., Porto 10 Pfg.

Diese neue — dritte — Auflage enthält alle bis in die jüngste Zeit erlassenen

Ausführungs-Bestimmungen sowohl des Bundesrats als der einzelnen Landes-Regierungen, so u. a. die seitens der preussischen Regierung erlassene Anweisung betr. die Sonntagruhe im Handels-Gewerbe; die Bundesrats-Berordnung, betr. die Nachmittagspausen der in den Spinnereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter (vom 8. Dezember 1893); die Bekanntmachung, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Bismarck u. f. w.

Zähne v. 1 M. an Dresdenerstr. 130.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg 6444L*
H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Lawn-tennis-Schuhe und -Bälle,
Radfahrer-, Turn- u. Reiter-Schuhe mit Gummi-Sohlen, Gummi-Tischdecken, Auflegestoffe etc. zu billigsten Fabrikpreisen empfiehlt
6972R
O. Lietzmann, Gummivaarenfabrik,
Kosenthalerstr. 44.

Kinderwagen-Bazar
Max Brinner, Jerusalemstr. 42, part. und 1. Etage, und Brunnenstraße 6, Hof part. etc.
Großart. Auswahl Kinderwagen, Puppenwagen — Kinder Sportwagen billigst. — Theilzahlung gestattet. — Keltiere Muster billigst.

Farbige Serges in reichhaltiger Farbenwahl, schwarze bügel-echte Janelia, bestes Violelfelder Watterleinen, Kermel- u. Tschenteloffen offerire auch im Ausschnitt zu wirklichen Stückpreisen. Eine Partie Reste bef. billig.
J. Michajilo, Kochstr. 44/45, 1 Et.

1000 Damen-
Regenmäntel von 4—20 M. Frühjahrs-jaquets und Capes von 2—10 Mark. Rester- und Partiewaaren-Handlung,
Landsbergerstr. 48, 1.

11 gute Kugeln und 17 Regel, ein Taubenbauer, gut zur Tauben-Börse, billig zu verkaufen bei Klippenstein, Reinickendorferstr. 46 d. 3056B

1 Zimm., 1 Küche, sep. Korrid. v. 20 M. an, W. Götz-Strasse 10, bei Wilhelm Neumann.

Möbl. Zimmer Dreierstraße 5, vorn 9 Tr. bei Herrmann. 80505

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Graveurhilfen auf Durchbruch verl. O. Fischer, Grav.-Anstalt, Friedrichshagen, Friedrichstr. 96.

80586 **Goldleisten.**
Tüchtiger Rahmentischler bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung gesucht Köpnickestr. 109a.

Tüchtige Marmor-Steinmetzen und Verfehrer sucht **Act.-Ges. Kiefer**, Trebbinerstr. 7. 80555

Mädchen (13—14 Jahre) bei Kindern für Nachm. verl. Madela, Friedrichstraße 33, Hof 4 Tr. 80596

Zwicker sofort bei hohem Lohn. 29015

Ausputzer in und außer dem Hause bei hohem Lohn sofort gesucht.
Mech. Schuhfabrik H. Morosso, Grenadierstr. 10.

Mädchen zum Vergolden von Barock-leisten gef. Kottbuserdamm 100. 8039b

Korbmacher.
Zwei tüchtige Gehilfen verlangt sofort Lankau, Kleinbeerenstr. 24. 8012b



Große Ersparniß im Haushalt!

F.F. Resag's Kaffeeersatz

macht den Kaffee kräftig und wohlschmeckend, liefert auch ohne Zusatz von Bohnenkaffee ein angenehmes gesundes Getränk.
5992Q*

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Geschäften. **à Pfund 40 Pf.**

Ländliche Schulmeisterei.

Die Zeiten, in denen die ländliche Schulmeisterei noch ein Nebenberuf des gefangenen und schreibkundigen Gewerbetreibenden oder des besitzlosen Landmannes war, sind glücklich überwunden; die Schulmeisterei ist auch auf dem Lande ein selbständiger Beruf geworden, wenn wir davon absehen wollen, daß noch an manchen Orten dem Lehrer ein gut Theil Zeit mit der Bedienung des in seinem Gehalt berechneten Pachtlandes verloren geht.

Ein Fortschritt gegen früher besteht, darüber ist nicht zu streiten. Und neben Religion, Singen und Lesen wird heutzutage auf dem Lande auch schon in einigen anderen Fächern unterrichtet. Nichtsdestoweniger liegen die Schulverhältnisse auf dem Lande noch sehr im Argen; dieses beweisen die amtlichen Statistiken der überfüllten Schulräume, der überlasteten Lehrer, beweisen die vielen Analphabeten, die aus den ländlichen Gegenden kommen. Jeder, der Gelegenheit gehabt, die Mängel der Schulbildung auf dem Lande zu beobachten, weiß, wie es mit diesen, von dem Junkertum so oft verherrlichten „idyllischen“ Zuständen bestellt ist.

Ein Stück praktischer Erfahrungen will ich anzuführen und zwar aus einem Distrikt, der noch in gewisser Beziehung über dem allgemeinen Niveau steht: dem östlichen Holstein.

Freilich, der Landarbeiter theilt auch hier das Loos seiner Klassengenossen. Abhängig von den Gutsherrn und deren Pächtern steht er so lange er arbeitsfähig, in deren Solde. Sein Lohn ist so bemessen, daß er sich abtrachtet von früh bis spät im Sommer und im Winter und muß den Rest des Jahres für sich selbst aufbringen. Die Arbeitskraft der Frau wird ebenfalls verwendet. Wo dieses nicht zutrifft, hat sie mit den häuslichen Handarbeiten zu thun.

Unter diesen Verhältnissen werden Kinder geboren, die, wenn sie die ersten Lebensjahre hinter sich haben und einigermaßen kriechen können, sich selbst überlassen bleiben. Dann folgen die Schuljahre. Der Schulbesuch an sich ist schon in manchen Gegenden mit bedeutenden Hindernissen verknüpft. In einer Schulgemeinde gehören mehrere Dörfer. Schlechte Wege, Naturereignisse, die sich besonders im Winter fühlbar machen, bieten unendliche Strapazen und hindern zeitweise den Schulbesuch vollständig; sind doch einständige Strecken keine Seltenheit.

Die Lehrer unterrichten nicht selten 90 bis 100 Schüler, Knaben und Mädchen zugleich. Das schulpflichtige Alter ist bei den Knaben vom 6.—15., bei den Mädchen vom 6.—14. Lebensjahre. Während dieser Zeit erhalten sie in einer Klasse, die gewöhnlich in drei Abtheilungen, der Ober-, Mittel- und Unterklasse eingetheilt ist, zugleich Unterricht. Die Einteilung der Lehrer ist derart, daß derselbe Lehrer zu gleicher Zeit in allen drei Klassen den Stoff bewältigen muß. In der Oberklasse wird z. B. Religion vorgetragen, die Mittelklasse ist mit Rechnen beschäftigt, während sich die Schüler der Unterklasse im Lesen üben. Theilweise fällt die Behandlung des Lehrgegenstandes in zwei Klassen zusammen; so hat die Ober- und Mittelklasse Unterricht im Schreiben, während in der Unterklasse mündlicher Unterricht erteilt wird. Eine Abänderung dieser Regel tritt dadurch ein, daß die Schüler der Unterklasse wöchentlich einige Stunden weniger haben, wie die der anderen Klassen.

Die Gruppierung der Schüler ist so, daß entweder die Knaben auf der einen und die Mädchen auf der anderen Seite sitzen, oder auch, daß abwechselnd zwei Bänke mit Knaben und zwei Bänke mit Mädchen besetzt sind.

In sanitärer Hinsicht lassen die Schulräume und deren Einrichtungen viel zu wünschen übrig. Der Fußboden ist mit Sand bestreut; eine sogenannte „gründliche Reinigung“, das heißt wo ausgefegt und neuer Sand gestreut wird, ist wöchentlich nur einmal üblich. Diese Prozedur wurde bei uns am Sonntag Nachmittag vorgenommen. Die Schüler waren verpflichtet, der Reihenfolge nach hierbei beihilflich zu sein. Daß durch die Aufstöße der Kinder in den Pausen nebelartige Staubwolken aufgewühlt werden, die den Lungen der Kinder und der Lehrer gerade nicht zuträglich sind, ist erklärlich.

Dann erst im Winter die Heizung. Es war bei uns keine Seltenheit, daß sogar in der zweiten Unterrichtsstunde schriftliche Arbeiten mit mündlichen verlauscht wurden, weil die Finger noch „zu klamm“ waren.

Sind nun den Kindern die ersten Anfänge des Nützlichsten beigebracht, so rückt das Alter heran, in welchem sie den Eltern beim Mitarbeiten behilflich sein müssen. Sie können, je nachdem ihre Fähigkeiten entwickelt sind, vom 1. Mai bis zum 1. November vom Schulbesuch dispensiert werden. Der Pastor des Kirchspiels als Schulinspektor nimmt die Prüfungen vor; wenn diese in der Religion und biblischen Geschichte einigermaßen gut ausfallen und recht viele Bibelsprüche herabgeliefert werden können, so ist das Bestehen der Prüfung gesichert, die „Rebensächer“ kommen dann weniger in Betracht.

Wie mangelhaft diese Prüfungen oft ausfallen, läßt sich denken, wenn man erwägt, daß die Schüler, meistens armer Tagelöhner Kinder, keine Zeit haben, um sich mit Mühe für ihre Schularbeiten vorzubereiten. Früh, sehr früh werden sie in das harte Joch der Arbeit gespannt. Außer der Schulzeit gehen sie in den Wald dürrer Holz sammeln, holen Futter für Schweine und Hiegen oder sind im Hause bei allen möglichen Handarbeiten beihilflich. Ein Theil der Knaben dient in der freien Zeit für die Hof bei den Hopsäckern und Pachtbauern und schläft mit den Knechten zusammen im Pferdestall. Von früh bis spät beschäftigt, kommen diese Kinder schon vollständig abgemattet in die Schule. Das Interesse für den Unterricht fehlt. Man muß es mit ansehen haben, um ein richtiges Bild zu bekommen, wie trotz Androhung mit Nachhaken und Prügelstrafe diese Schüler schon in der ersten Stunde beim Unterricht einschlafen.

Hat nun ein Theil der Schüler die Dispensationsprüfung glücklich überstanden, so werden sie bei den Bauern, den Hopsäckern oder Gutbesitzern vermiethet oder verrichten die Arbeiten auch in Tagelohn. Während dieser Zeit haben sie wöchentlich nur 6 Stunden die Schule zu besuchen, von denen der dritte Theil für den Religionsunterricht bestimmt ist. Dieser Unterricht, der gewöhnlich an 2 Tagen, von 6—9 Uhr Morgens erteilt wird, hat so gut wie gar keine Bedeutung. Bei den körperlichen Strapazen erschläft der Geist und seine Funktionen verjagen.

Der Umgang mit den Feldarbeitern, den Knechten und Bauern, die zeitigen Nebenarbeiten, welche im Weizen dieser Kinder fallen, üben auf der anderen Seite auf das Gemüth derselben ihre demoralisierende Wirkung aus. Die Volksschullehrer auf dem Lande können ein Lied davon singen, wie schwer sie unter diesen Einwirkungen zu leiden haben.

So rückt schließlich die Entlassung aus der Schule heran. Ein halbes Jahr vor der Konfirmation bringt der Pastor den noch fehlenden Rest in Religion bei. Hiermit soll ausgeglichen werden, was an der Erziehung vernachlässigt wurde; aber ohne die größten Strapazen geht dieser wiederum nicht ab.

Viele Dörfer gehören zu einem Kirchspiel. Zu unserem gehörten fünfzehn. Da wandern die Kinder im Winter bei Regen und Schnee wöchentlich zwei Mal den weiten Weg zum Pastor, um sich drei Stunden hintereinander Religion eintrichtern zu lassen, damit sie, wie es heißt, „auf die Stürme des Lebens“ vorbereitet werden. Der Unterricht in der Schule wird natürlich hierdurch arg vernachlässigt.

Daß das Loos eines Lehrers der mit allen diesen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, kein allzu beneidenswertes ist, leuchtet ein. Der Wechsel der Lehrer ist daher auch ein stetiger. „Heute hatt all wedder mal die Krogen“, erzählen sich die Landleute untereinander. Und nun müssen die Lehrer der benachbarten Schulen ausbittelsweise auf einer vakanten Stelle so lange in den nothwendigsten Fächern mit unterrichten, bis dieselbe wieder besetzt ist.

So liegt es mit der Schulbildung auf dem Lande und hier ist gewissermaßen noch ein Bild in rothigen Farben gemalt. Der Mangel an Bildung macht sich daher auch überall fühlbar. Die Nothheit im Verkehr untereinander, der Hang an alle niederen Leidenschaften sind die natürlichen Folgen.

Der Junker plaudert natürlich für Aufrechterhaltung dieser Zustände, er ist ein Feind der Bildung und weiß sehr wohl, daß der antikonkretivistische Bauernschädel durch Bildung weich wird.

Aber, gemacht, Ihr Leute, gemacht! Die Sozialdemokratie wird euch zu Hilfe kommen. Schon dümmert es mächtig überall. Der Bauer, der Knecht, der Tagelöhner erwacht. Man sieht seine wahren Freunde und seine Feinde. Aus dem Banne jahrelanger Dummheit steigt hervor ein freies Volk. Das Proletariat der Industrie reicht dem Landproletariat die Hand. Sie haben ein Streben, ein Ziel: Dem Volke die Bildung, dem Volke die Freiheit. Man ahnt es — — —

Soziale Ueberlicht.

An alle in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Kollegen und Kolleginnen! Wie Ihr wißt, wurde in allen Versammlungen, die von uns einberufen waren, der Beschluß gefaßt, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und am Vormittag eine Versammlung mit einem der Würde des Tages entsprechenden Vortrage abzuhalten. Es liegt nun an Euch, diesen Beschluß in Geltung zu versetzen, zu agitieren, daß Ihr am 1. Mai in der Versammlung, welche Vormittags präzis 9 Uhr in Flebig's Salon, Große Frankfurterstraße 28, einberufen ist, zahlreich erscheint. Möge ein Jeder dafür sorgen, daß die Versammlung eine imposante und die Arbeitsruhe eine allgemeine wird. Zur Agitation für den 1. Mai findet am Sonntag, den 22. April, früh 7 Uhr, eine Flugblattvertheilung statt. Wir ersuchen die Kollegen, welche daran theilnehmen wollen, pünktlich in folgenden Lokalen zu erscheinen: für den Süden und Südosten bei Stramm, Mitterstraße 123; für den Osten und Südosten bei Henke, Blumenstraße 38; für den Westen bei Werner, Bülowstr. 59; für den Norden bei Bohme, Lagermünderstr. 5.

Die Agitationskommission der Filialschuharbeiter Berlins und Umgegend.
Wilmner, Pfeifer, Kleinau, Fleischer.

Achtung, Mechaniker! Die Differenzen bei der Firma Jentisch u. Wöhmer, Prinsenstr. 34, sind zu gunsten der Arbeiter beigelegt, da der Unternehmer die Forderungen der Arbeiter definitiv bewilligt hat.

Max Lange, S.O., Kunitzstr. 32, 4 Tr.

10 000 Wiener Tischlergehilfen, die am Sonntag in der Volkshalle des Rathhauses eine Versammlung abhielten, beschloßen, am nächsten Tag in den Streik einzutreten. Die Tischler der Umgebung von Wien wollen sich dem Streik anschließen.

Der Streik der Dortmunder Straßenbahn-Angestellten dauert fort. Die Streikenden haben etwas von ihren Forderungen abgelassen; so sollte das Anfangsgehalt nur 95 M. betragen. Selbst diese neuen gewiß sehr bescheidenen Forderungen hat die Gesellschaft abgelehnt; besonders sträubt sie sich gegen die Wiedereinstellung aller Entlassenen. Am Sonntag sind noch 3 Schaffner und 4 Fahrer wieder angenommen zu den zuletzt von den Streikenden formulierten Bedingungen. Die noch ausstehenden 25 Mann aber will die Gesellschaft aufsperrn. — Diese Maßregel ist übrigens recht kapitalistisch. Der Arbeiter darf es nicht wagen, seine Lage verbessern zu suchen; thut er's, so muß er dafür bestraft werden — durch Hunger.

Warnung vor Jazug nach der Schweiz. Bittere Klagen werden laut über den Jazug von deutschen Arbeitern nach Zürich, speziell Tischlern, Schneidern, Malern u. s. w., die dort den streikenden Genossen in den Rücken fallen. Es ist das höchst bedauerlich und ein Beweis, wie wenig ausgegärt das Solidaritätsgefühl bei vielen Arbeitern noch sein muß. Wir möchten deshalb hier nochmals aufgefördert haben, doch nicht zu vergessen, daß es im Interesse eines jeden Arbeiters selbst liegt, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in seinem Gewerbe mit herbeizuführen zu helfen. Gehe also vorläufig niemand nach der Schweiz.

In Ohlingen (Württemberg) ist das seitens der Vereinigten Gewerkschaften angeregte städtische Arbeitsamt nun zu Stande gekommen und hat mit dem 1. April seine Thätigkeit begonnen. Wenn dasselbe auch seinem Zweck, Arbeit nachzuweisen, nicht in dem Maße wird gerecht werden können, als es wünschenswert wäre, so ist es doch Pflicht aller Arbeitslosen, sich dort zu melden, um die bestehende Arbeitslosigkeit dadurch feststellen zu können. Vielleicht glaubt man mit der Zeit dann doch an einen Nothstand.

Die Diener Christi verstehen zu leben. Nach einer Notiz in dem „Sonntagsblatt für freien Geistesaustausch“ (Leob. v. Wächter) bekommen die drei Staatspastoren einer westfälischen Stadt einen Gehalt von je 4500 M. Außerdem sind auf ihren Antrag kürzlich die Gebühren für die Abholung und Grabrede von 6 M. auf 10 M. für jede Leiche innerhalb der Grenzseide und auf 15 M. für jede Leiche außerhalb derselben erhöht worden.

Die Verwallung des Freiburger Konsumvereins „Fortschritt“ hat beschloßen, die Geschäfte am 1. Mai den ganzen Tag geschlossen zu halten.

Bäckerisches. Die Schlosser-Innung zu Grimmitzsch a hat um Verleihung der Rechte aus § 100a III der Gewerbe-Ordnung petiti und die Gewerbestammung in Plauen hat das Gesuch befürwortet. Obiger Innung gehören nun 10 Meister an, die zusammen 11 Gesellen und 16 Lehrlinge beschäftigen. Außerhalb der Innung stehen 9 Meister, dazu kommen noch sechs selbständige Schlosser aus der Umgegend. Trotzdem scheuen sich die 10 Innungsmitglieder nicht, für sich das Privileg der Lehrlingsausbeutung in Anspruch zu nehmen. Es geht nichts über Verschwendung.

Wie heute getheilt wird. Die Badische Anilin- und Sodafabrik bringt in diesem Jahre 27 pCt. Dividende zur Vertheilung, d. h. die Aktionäre erhalten für ihre Freundschaft, daß Geld zur Gründung der Fabrik hergegeben zu haben, für je 100 M. 27 M. Zins. Von denjenigen aber, welche die

Produktion besorgen, die Werthe erzeugen, sind nur einige Wenige — die Direktoren, Werkführer u. s. w., die gut, einige sogar sehr gut bezahlt sind. Die große Masse der 4000 Beschäftigten jedoch verdienen kaum so viel, sich und ihre Familien richtig zu sättigen. Das ist die „von Gott gebotene Weltordnung“, daran darf nicht gerüttelt werden.

Preussische Kulturzustände. Aus dem in der Uckermark, bei der Kreisstadt Templin gelegenen Dorfe Densow wird der „Preussische Lehrerzeitung“ geschrieben:

„Eine herrliche Lehrerwohnung befindet sich auch noch in den gesegneten Fluren der Uckermark, nämlich in unserem Dorfe. Dieses Haus, mit Stroh gedeckt, außer dem Anbau aus Lehmwänden bestehend, wurde als Schulhaus auf Grund des Gutachtens des Kreisphysikus vom Amtsvorsteher als gesundheits-schädlich und unbewohnbar erklärt. Durch die Seitenwände (Lehmwände) kam frische Luft genug, um die Lüftung des Raumes durch Öffnen der Fenster unnötig zu machen. Die Decke drohte gefährlich zu werden. So wurde denn nach gemeinsamer Bestätigung durch Regierungs- und Schulrath B., sowie eines Medizinalraths aus Potsdam, des Königl. Landraths, des Kreis-Bauraths aus Templin, des Lokal-Schulinspektors und Amtsvorstehers die Räumung obigen Gebäudes angeordnet und ein Neubau für nothwendig erachtet. Dem Lehrer wurde im Dorfe eine Wohnung gemiethet. Da aber im Dorfe selbst kein Raum zu Unterrichtszwecken zu finden war, so wurde die verlassene Wohnstube des Lehrers als Schulstube weiter benutzt! Außerdem ist in dem Hause noch ein Besaal für gottesdienstliche Zwecke. Nach Anbringung einiger Stützen und Ausbesserungen wurde auch dieser Raum für seinen Zweck weiter belassen. Wollte es aber dem Lehrer während des Winters in diesen luftigen Räumen nicht gefallen, so sucht er, wie die Schwalbe, zum Frühling seine alte Wohnung wieder auf. Der Mangel an Wohnungen macht sich in Dörfern gewöhnlich sehr fühlbar. So fand sich denn für den Lehrer auch nur eine Stube, die ihm mit seinen drei Familiengliedern als Wohn- und Schlafraum zugleich dienen sollte. Eben deswegen zieht unser Kollege das kleinere dem größeren Uebel vor. — Aber, fragt der geneigte Leser, warum wird denn kein neues Haus gebaut? Es ist kein Geld dafür da. Die kleine, arme Gemeinde, die ihr reichlich Theil beigetragen hat, ist allein nicht im Stande, ein Schulhaus zu bauen. Und die Königl. Regierung als Patron hat keine Fonds dazu. So war es vor Jahren, so wird es wohl noch länger bleiben.“ — Der Militarismus läßt es eben in Preußen Deutschland nicht zu, daß zu deraartigen Zwecken, wie Schulbauten u. dergl., Geld übrig bleibe.

Versammlungen.

Der Verein Berliner Tischlergehilfen trat am Freitag, den 18. d. Mts., in den „Arminhallen“ zu seiner ordentlichen vierteljährlichen Mitgliederversammlung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken an die verstorbenen Vereinsmitglieder Schulz, Lehmann, Säger und Bartels in üblicher Weise gelehrt und erhaltete sodann der Vereinsvorsitzende, Herr Schütte, den Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr 1894. Diesem zufolge erstreckte sich die Thätigkeit des Vereinsbureaus (Schützenstr. 58) im verfloßenen Quartale auf die Aufnahme von 152 Protokollen (gegen 144 im vorigen Quartale) in Fahrgelder- und Fahrschein-Angelegenheiten, Strafsachen und Gesuchen. Ferner wurden 600 Briefe und Karten abgelesen. An Fundstücken wurden 398 eingeliefert, von welchen 188 reklamirt und für welche 424,05 M. Finderlohn von den Verlierern gezahlt wurden. Der im Vereinsbureau unterhaltene Dienstausschuss wies 39 Stellen nach, von denen 29 durch Vereinsmitglieder besetzt worden sind. Neu beigetreten sind dem Verein 87 Mitglieder, so daß derselbe am 1. April 1564 Mitglieder zählte. Das Vermögen des Vereins belief sich am gleichen Zeitpunkt auf 3854,54 M. Nachdem dem Vorstande Decharge erteilt worden war, gab der Vorsitzende Herr Schütte eine kurze Uebersicht über die Folgen des letzten Streiks und kam insbesondere auch auf die neueste Gründung der Führer, die „Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ zu sprechen. Selbstverständlich sei es, daß diese Genossenschaft auch berufen sei, als Bollwerk gegen den Ansturm der Kutscher und als Mittel zur Niederhaltung derselben zu dienen und ermähnte er demgegenüber alle Kutscher ebenfalls zum festen Zusammenschluß, zum Eintritt in die Organisation, den Verein Berliner Tischlergehilfen. Zur Förderung dieses Zweckes beantragte Plüschner die Ausarbeitung und Verbreitung eines entsprechenden Flugblattes auf Vereinskosten, und sand dieser Antrag auch Annahme seitens der Versammlung. Diese hatte sich fernerhin schlüssig zu werden über die Lokalfrage zur Abhaltung des diesjährigen Stiftungsfestes. Nach längerer diesbezüglicher Beratung entschied sich die Versammlung für den „Schweizergarten“, doch wurde die Wahl dieses Lokals abhängig gemacht von der Erfüllung der zu stellenden Bedingungen, daß die Kutscher aus dem kostenlosten Arbeitsnachweis der Vereinigung Berliner Gastwirthsgehilfen bezogen und die Musik von der freien Vereinigung der Zivilberufsmänner gestellt werde. Im übrigen wurden die Arrangements dem Vergnügungskomitee, für welches eine Ergänzungswahl vorgenommen wurde, sowie dem Vereinsvorstande übertragen. Der Punkt „Verschiedenes“ gab den Vereinsmitgliedern Gelegenheit, nach verschiedenen Richtungen hin Wünsche zu äußern, die nach Möglichkeit Berücksichtigung finden sollen. Besondere Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Eine öffentliche Versammlung der Kutscher tagte am 18. April bei Joel in der Andreasstraße. Auf der Tagesordnung stand das Thema: Wie verbessern die Kutscher ihre Lage? Das Referat hierüber hatte Eberhard v. Schmidt übernommen, der in eingehender Weise unter der Zustimmung der Versammlung die Beantwortung dieser Frage gab. Die recht rege Debatte, an der sich wiederholt die Berufskollegen Fischer, Schmidt, Schulz, Kautz, Jahnke, Vorkardt und Genosse Stümmel theilnahmen, bewegte sich im Rahmen des Referats und förderte eine Ansammlung von Mißständen und Unzuträglichkeiten zu Tage. Jeder Redner wußte über 10—15stündige Arbeitszeit zu berichten, bei der meist, Sonntag mit eingerechnet, ein Wochenverdienst von 15 M. erzielt würde. Es wurden Fälle besprochen, in denen Familienväter in der Zeit bis zu zwei Jahren nicht einen einzigen Tag frei hatten, um im Kreise ihrer Familie zubringen zu können. Von Seiten der Droschkentrittscher wurde hervorgehoben, wie die Einführung der Tagemeter ihre wirtschaftliche Lage noch mehr verschlechtert habe, und der Vermuthung Raum gegeben, daß binnen kurzem die Bestimmung erlassen werden würde, den Apparat an allen Droschken einzuführen.

Eine eingehendere Diskussion entstand über die Maisfeier, zu der folgende Resolution angenommen wurde: „Die Versammlung schließt sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission und politischen Partei an, und verpflichtet sich, so weit es jedem möglich ist, am 1. Mai zu feiern.“

Die Nordmacher beschäftigten sich in ihrer Versammlung am 18. April mit der Stellung zur Maisfeier. Das Referat hatte der Kollege Jungnickel übernommen, der in seinem Referat den Anwesenden empfahl, die Maisfeier nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission zu begehen. Es wurde

